

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion
in der Redaktion:
Brag II,
Sokolovo nám.
Telephon 679,
nachts 6797.
Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat, Prag II,
Sokolovo nám. 32.
Bolschewiki 57344.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Auslieferung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlegung der
Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Samstag, 28. Juli 1923.

Nr. 174.

„Ohne Blut kein Recht!“

Die reichsdeutschen Kommunisten schreien es und der Reichsberger „Vorwärts“ druckt es eifervoll nach. Nein, er druckt es nicht nur in gehobener Festeslaune nach, er läßt Amok, er brüllt Blut und schreit Blut. Er kann es nicht erwarten, daß Blut fliehe, und je mehr, desto besser. Und er fällt in seiner bekannten Manier über die Sozialdemokraten her, weil sie nicht in den paroxysmischen Wutausbruch verfallen wollen, der die allerneueste Parole der kommunistischen Va banque-Politik ist. Die allerneueste Parole, weil es noch gar nicht lange her ist, da die Kommunisten die Zeit der Rutsche als eine beendete Episode erklärten, die dem Proletariat nur Schaden und vermehrte Anechtung gebracht habe, und sie warnen sich selbst vor der Wiederholung solcher „Jugendtorheiten“, die nur die Reaktion zu stärken geeignet seien. Die Zuspitzung der Verhältnisse in Deutschland, die durch das Absterben der Mark fürchterlich gestiegene Verelendung der deutschen Arbeiterschaft, die in weiten Teilen eine Stimmung der Verbitterung und Verzweiflung geschaffen hat, läßt die Kommunisten wieder ihre hysterischen Blutschreie ausstoßen, und sie hegen mit derselben Gewissenlosigkeit zum Blutvergießen, wie sie feinerzeit beim mitteldeutschen Aufstand und auch beim Dezemberputsch in der Tschechoslowakei dazu hegten. „Wir müssen durch ein Meer von Blut und Tränen“, rief Kreibitz damals. Das Meer von Blut und Tränen kam und noch dazu hunderte Jahre schwerer Kerkerstrafen, aber Kreibitz und die anderen kommunistischen Führer wußten dem „Meer“ in weitem Bogen auszuweichen und es genügte ihrem Ehrgeiz, daß die verhetzten Proletarier durch das ihnen leichtfertig bereitete Unglück durchwateten mußten.

„Durch Blut zum Recht!“ Der Ruf, der den „Vorwärts“ so begeistert, daß er verlangt, die Proletarier müßten ihn als Parole auf ihr Banner setzen, stammt von der sonntägigen Demonstration in Frankfurt a. M., wo sich die sozialdemokratischen Arbeiter durch das Geschrei der Kommunisten nach der „Einheitsfront“ dazu verlocken ließen, an der von den Kommunisten veranstalteten Demonstration teilzunehmen. Diese Einheitsfront betätigten die Kommunisten dadurch, daß sie im Zuge Tafeln mit der Aufschrift: „Durch Blut zum Recht!“ trugen, und die Demonstration damit abschlossen, daß sie den Staatsanwalt Dr. Haas ermordeten. Am kommenden Sonntag sollte das kommunistische Schauspiel, womöglich in vergrößertem Umfang wiederholt werden: sie planten in Berlin einen Antifaschistentag, dem wieder die Frankfurter Parole: „Durch Blut zum Recht!“ voranzuleiten sollte. Auf, gegen die Faschisten, rasselten die kommunistischen Trommeln, und die Trompeten gellten: „Die Arbeiter müssen die Bestien in die Löcher jagen!“ Wie? Was hören wir? „Bestien“? Es ist doch erst kaum zwei, drei Wochen her, da schmierte Nadel, einer der Moskauer Päpste, diesen „Bestien“ Honig um den Mund, sprach ihnen mit schwerdurchdringlicher Stimme sein tiefstes Beileid über die Erschießung Schlageter's, des „tapferen Soldaten der Gegenrevolution“ aus, warb um ihre Bundesbrüderchaft und für die Einheitsfront von Comjettieren und Hakenkreuz. Und nun auf einmal „Bestien“? Natürlich wurden die Sozialdemokraten ebenso als Trottel und Verräter beschimpft, da sie für die kommunistisch-hakenkreuzlerische Blutsbrüderchaft keine Bewunderung ausdrückten, wie jetzt, da sie bei dem im Zeichen „Durch Blut zum Recht“ stehenden Antifaschistentag, der unvermeidlich zu blutigen Zusammenstößen geführt hätte, ihre Teilnahme ablehnten und ihren Mitgliedern empfahlen, die Kommunisten unter sich zu lassen. Der „Vorwärts“ ist in gelinder Verzweiflung, weil die Sozialdemokraten die wechselnden Parolen seiner Partei nicht mitmachen und an ihren hirnverbrannten gewissenlosen Hebereiern keinen Anteil nehmen wollen. Aber wir haben wirklich keine Lust und zu viel Verantwortlichkeitsgefühl, um an

Das deutsche Wirtschaftschloß.

Lebensmittelmangel. — Verkauf für ausländische Zahlungsmittel. — Schutz für Lebensmitteltransporte.

Berlin, 27. Juli. (Eigenbericht.) Immer fürchterlicher wird die wirtschaftliche Lage Deutschlands; die rapide Geldentwertung läßt eine sichere Kalkulation überhaupt nicht mehr zu und da jedes Geschäft in Mark, bei dem nicht der Wechselkurspreis erzielt wird, mit Verlust endigt, verkaufen die Produzenten und Großhändler entweder nur für ausländische Zahlungsmittel und zu Preisen, die teilweise das Weltmarktniveau übersteigen, oder halten die Waren überhaupt zurück. Dazu kommt noch, besonders in den großen Städten, ein immer mehr wachsender Mangel an den wichtigsten Lebensmitteln. In Berlin gibt es seit Tagen so gut wie keine Kartoffeln, und Butter, Margarine und andere Fette nur in geringen Mengen. Auch in Fleisch und Gemüse hat die Zufuhr ansehnlich nachgelassen. Heute hat sich eine Vertretung des Berliner Magistrats mit der Regierung in Verbindung gesetzt, um von ihr zu verlangen, daß eine Erleichterung der Lage durchgesehen werde. Ob dies bei der immer mehr wachsenden Profitsucht

der Produzenten und Händler möglich sein wird, erscheint zweifelhaft. Der Reichswirtschaftsminister hat sich an die landwirtschaftlichen Organisationen gewendet und von diesen die Zusicherung erhalten, daß die Bestände an Getreide, welche sich noch in den Händen der landwirtschaftlichen Verbände befinden, so rasch wie möglich auf den Markt geworfen werden. Die Reichsbank hat sich bereit erklärt, für die Einfuhr von Lebensmitteln Devisen reichlicher zur Verfügung zu stellen. Daneben sind noch eine Reihe anderer Maßnahmen geplant, von deren Durchführung der Reichsernährungsminister sich günstige Folgen verspricht.

Die Lage wird dadurch verschlimmert, daß überall Gerüchte von bevorstehenden Unruhen umgehen und die Landwirte deshalb die Märkte nur mangelhaft besichtigen. Die preussische Regierung erklärt nun, daß sie die Polizeibehörden angewiesen hätte, den Lebensmitteltransporten auf ihrem Wege zu den Märkten ausreichenden Schutz zu gewähren.

Die Umzüge der Kommunisten abgelehnt.

Berlin, 27. Juli. Wie die „B. Z.“ am Montag“ mitteilt, begehren sich die beiden Berliner Bürgermeister Boeh und Ritter heute zum Reichsanwalt, um ihm die gegenwärtige außerordentliche Notlage der Berliner Bevölkerung zu schildern und auf die Gefahren der herrschenden Lebensmittelknappheit und Teuerung hinzuweisen. Die städtische Verwaltung lehne jede Verantwortung für den weiteren Gang der Dinge in Berlin ab, wenn die Regierung nicht sofort für größere Lebensmittelzufuhren nach Berlin und für erschwingliche Preise Sorge.

Die Berliner Kommunisten haben ihren Bezirksleitungen heute die Mitteilung gemacht, daß von den verbotenen Umzügen Abstand genommen werde und dafür heute abends in Berlin sieben öffentliche Versammlungen stattfinden, in denen gegen das Verbot der Umzüge demonstriert wer-

den soll. An amtlichen Stellen sieht man den von kommunistischer Seite für Sonntag angekündigten Kundgebungen mit ziemlicher Ruhe entgegen.

Die Antifaschistenkundgebung in Thüringen gestattet.

Berlin, 27. Juli. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Weimar berichtet, hat das Thüringische Staatsministerium die Antifaschisten-Kundgebung am Sonntag gestattet, es seien jedoch alle Vorkehrungen getroffen worden, um Ausschreitungen bei den Kundgebungen zu verhindern.

In Berlin sind die Ansichten geteilt, ob die Kommunisten am Sonntag es in Potsdam auf Zusammenkünfte ankommen lassen wollen. Angesichts der getroffenen Vorbereitungen von Seiten der Behörden neigt man der Ansicht zu, daß der Tag ruhig verlaufen wird.

der Schürung des Bürgerkrieges teilzunehmen, die Arbeiterschaft mit stets neuen und wechselnden Parolen in einen Fieberzustand hineinzureißen und sie zu „Aktionen“, wie sie die Kommunisten fordern, aufzupuffen, die es bewirken müssen, daß die Reaktion sich immer fester in den Sattel setzt. So war es in Italien, so war es in Ungarn und in Bayern. Überall, wo die Arbeiterschaft den Lockungen der Kommunisten folgte und, ihre Kräfte überschätzend, ihren Gewalt- und Blutparolen folgte, mußte sie dies mit der Zerstörung ihrer Kräfte, mit ihrer Anechtung teuer bezahlen.

Bei der Stimmung der Massen in Deutschland ist es natürlich spielend leicht, sie zu einem Verzweiflungsausbruch zu verleiten. Ein solcher mag den Kommunisten erwünscht sein, um im Trüben zu fischen und ihre diktatorischen Geshäfte erfüllen zu können. Aber was würde aus Deutschland, was aus der deutschen Arbeiterschaft, wenn die Wirkung der kommunistischen Blutpolitik, der Bürgerkrieg, das Chaos, eintreten würden? Deutschland wäre nicht das erste Land, das die Kommunisten ins Verderben gejagt hätten. Was soll die Blutparole? Soll durch sie der Sozialismus, der Kommunismus verwirklicht werden? Die Kommunisten können selbst nicht daran glauben, daß Deutschland gerade jetzt reif zur Durchführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung wäre. Oder wollen sie Deutschlands demokratische und republikanische Staatsform vor der Gefahr des Faschismus schützen? Ist nicht alles Streben der Kommunisten darauf gerichtet, die Demokratie und Republik zu schwächen und herabzusetzen? Man kämpft doch nicht für den Schutz der Demokratie, indem man sie zu zerstückeln sucht, anstatt an ihrem Ausbau, an ihrer Festigung zu arbeiten! Die Befolgung des kommunistischen Rufes „Durch Blut zum Recht“ würde das Elend der deut-

lichen Arbeiterklasse nur vermehren, nicht den Sozialismus, nicht die Demokratie und die Republik fördern, sondern nur den hakenkreuzlerischen Faschismus, die Reaktion stärken!

Aber die Sache hat noch einen Gipfelpunkt, von dem aus das frivole Treiben des „Vorwärts“ erst recht erschrecklich ist. Die preussische Regierung hat den Antifaschistentag verboten und kündigt an, daß sie mit aller Schärfe gegen alle Aufstrebungen vorgehen würde. Während nun der „Vorwärts“ noch pathetisch verkündet, daß die Kommunisten in der Tschechoslowakei „als unmittelbare Nachbarn der deutschen proletarischen Revolution“ mit Stolz auf die deutschen Nachbarn blicken und auch entschlossen seien, „mitzukämpfen“, veröffentlicht die Berliner kommunistische „Morgenpost“ einen Aufruf, der nichts ist, als ein vollstündiger Rückzug. Da heißt es: „Die kommunistische Partei gibt ihren Feinden keine Gelegenheit, unter der Arbeiterschaft ein Blutbad anzurichten. Sie läßt sich nicht Kampfziele aufzwingen.“ Und so empfiehlt sie statt der Demonstration — „Aufklärungsarbeit in allen Straßen und Häusern!“ Während der „Vorwärts“, noch Schaum vor dem Munde, nach „Blut“ schreit, haben die Berliner Kommunisten, auf die er eben noch „Stolz blickte“, sich besonnen, und sagen, was die Sozialdemokraten schon vor dem gefagt haben: daß es eine Gewissenlosigkeit wäre, den Feinden Gelegenheit zu geben, unter der Arbeiterschaft ein Blutbad anzurichten. So verpufft auch diese blutrünstige Parole wie eine aufsteigende, übertriebene Zumpflase. Die Sozialdemokraten aber waren Ignoranten, Feiglinge und Verräter, als sie sich ihr zu folgen weigerten. Wieder eine kommunistische Parole ist auf den Rechristhaußen geworfen. Was wird die nächste sein?!

Noch einmal die Zinnenrede.

Von Josef Pözl.

Genosse Pözl hat aus Gründen, die ich in dem ehrlichen Willen nach der baldigen Erreichung der Einheitsfront suche, im „Sozialdemokrat“ vom 21. Juli auf meinen sowie auf verschiedene andere Artikel unserer Parteipresse über Zimmens Auffer's Rede in einem ausführlichen Artikel geantwortet. Die Frage ist sicherlich wichtig genug, noch einmal einer Erörterung unterzogen zu werden. Vor allem deshalb, weil Zimmens Rede eben doch nicht eine gewöhnliche Versammlungsrede war, wie wir sie tagaus, tagein zu hören bekommen, sondern weil hier ein anerkannter Führer der Gewerkschaftsinternationalen Aufsichten äußert, auf die man bisher im allgemeinen nicht gestoßen ist.

Aber eben deshalb, weil Zimmens Worte mehr gelten als die eines der landläufigen Redner, mußte Zimmen mit der gebotenen Vorsicht sprechen und durfte, vor allem nicht in einer von Sozialdemokraten und Kommunisten besuchten Versammlung, nur einseitig über allgemeine Fehler der Arbeiterschaft sprechen. Ich habe bereits in einem Antwortartikel an die „Internationale“ darauf hingewiesen, daß Zimmen in den zwei Stunden seiner Rede unserer Bewegung lange nicht jene weittragenden Vorwürfe machte, wie er sie den Kommunisten gegenüber in zwei oder drei Sätzen gemacht hat, ihnen die ganze Schuld an der Spaltung des Proletariates zuschiebend. Aber eben, weil er die Kommunisten kennen mußte, durfte er nicht, z. B. sagen, daß „bei den meisten Gewerkschaften und auch bei den meisten organisierten Sozialdemokraten“ der „Gang“ gegen die kapitalistische Gesellschaft nicht weiter gehe, als es die eigene persönliche Lage betrifft. Der Reichsberger „Vorwärts“ hat die Sache sofort aufgegriffen und selbstbewußt erklärt: „Uns trifft das also nicht, denn Zimmen hat nur die Gewerkschaftler und die organisierten Sozialdemokraten genannt.“ Und doch wird Zimmen an uns alle gedacht haben, als er von dieser mangelnden Ueberzeugungssirene sprach. Aber dann mußte er das auch so aussprechen, daß kein Zweifel daran blieb, daß sich seine Kritik richtete gegen alle Teile der Arbeiterbewegung, weil es eben überall viele Misläufer und wenige wirklich überzeugte Menschen gibt. Der ganze Tenor seiner Rede war auf diese einseitige Kritik dieser Allgemeinfehler unserer Partei und der Gewerkschaften allein gegenüber eingestellt, nicht aber auch gegen die Kommunisten. Wollte Zimmen so sprechen, dann mußte er es nur vor uns tun. Dann konnte er noch weit schärfere Töne anschlagen und niemand hätte ein Wort dagegen sagen können, weil wir unsere Fehler erkennen müssen, wollen wir sie bessern. Aber wir haben keine Ursache, den Kommunisten Ursache zum Triumph zu geben, indem wir allgemeine Fehler nur an uns kritizieren und die anderen nur mit ein paar Seitenhieben bedenken.

Doch das ist ja nebenbei gegenüber der großen Idee, die in Zimmens Rede zum Ausdruck kam: der Frage der Einheitsfront. Hier habe ich mich bemüht, psychologisch darzulegen, weshalb Zimmen so und nicht anders sprach. Man kann psychologische Erkenntnisse im Rahmen eines Zeitungsartikels etwas schwer beweisen, wenn man sie an der Hand einer längeren Beobachtung gewonnen hat. Daß Zimmen einer der Hauptkämpfer des Haager Kongresses war, ist ziemlich allgemein bekannt. Daß viele unter uns von diesen schönen Beschlüssen mit Zimmen begeistert waren, ebenso. Daß es aber auch viele Gewerkschaftler gab, die die allgemeine Begeisterung nicht teilten, ist nicht minder eine Tatsache. Genosse Dürr, der Sekretär des schweizerischen Gewerkschaftsbundes und Mitglied des Bureaus des I. G. B., hat noch vor dem Kongress sehr bestimmt über diese Beschlüsse geurteilt, unter Genosse Macoun hat nach dem Kongress in einem Artikel im „Volkrecht“ davor gewarnt, die Beschlüsse als die Tat zu betrachten, als die sie zuweilen gepriesen werden. Es werden sich wohl auch noch andere Leute gefunden haben, die in diesem Sinne sprachen und schrieben, ohne daß ich sie im Augenblick alle aufzählen könnte.

Genosse Pözl glaubt eine Parallele mit dem Hamburger Kongress ziehen zu müssen, die sich gegen mich wendet, weil ich es kritisierte, daß man bei der Verweigerung von Kriegskrediten ausdrücklich „imperialistische Kriege“ genannt habe. Woher er weiß, daß ausgerechnet der Schweizer Genosse Grimm sich bemühte, dieses Wörtchen vor das Wort „Kriege“ zu setzen, weiß ich nicht. Ich weiß von Genossen Grimm selbst,

das man über diese Frage überhaupt nichts in die Resolution nehmen wollte, und daß es erst eines langen Kampfes bedurfte, bis das Kom- promptig mit den „imperialistischen Kriegen“ zu- stande kam. Aber wenn ich das kritisierte, so ohne irgendwelche Illusionen, daß man mit einem einfachen Beschluß auch schon die ganze Kriegs- frage erledigt habe. Das beweist wohl am besten der Beschluß der Labour Party, die sich gegen einen Antrag der Unabhängigen auf Ablehnung der Rüstungsprogramme stellte, weil sie eventuell noch zwei Jahren die Regierung übernehmen müsse und dann an die Durchführung der Abrüstung gebunden wäre. Unsere Entwicklung zur Macht wird uns noch manche harte Nuß zu knacken geben. Aber es wäre ein Unikum, sich an diesen harten Nüssen heute schon die Zähne anzuschleifen, die wir noch sehr gut in unserem Kampfe gegen den Kapitalismus gebrauchen können. Doch wir brauchen Klarheit in unseren Reihen, und diese Klarheit besteht wohl vor allem darin, daß wir uns als grundsätzliche Kriegsgegner im kapi- talistischen Staate bekennen und mit allen Mitteln dahin arbeiten, die breiten Massen in diesem Sinne zu erziehen. Daß wir andererseits zu hart geworden sind, nur mit Resolutionen zu arbeiten, ist eine jener Beschließwirkungen des Ueberganges von der Oppositions- zur Regie- rungs-partei, die uns in der Zukunft noch sehr oft beschäftigen werden.

Aber eben daraus ergibt sich unsere Mög- lichkeit zu einer Beschlußfassung über bestimmte Fragen. Wo es sich um eine Politik auf weite Sicht handelt, müssen wir unsere klare, un- versälschte Stellungnahme im rein prinzipiellen, so- zialistischen Sinne zum Ausdruck bringen. Wo wir aber mit den Geschehnissen des Tages zu rechnen haben, stößt unser Wille nach dem klaren Prinzip auf die bestehenden Machtver- hältnisse. Wie sind als Sozialdemokraten für die Abschaffung der bürgerlichen Gesellschafts- ordnung und rausen uns doch täglich als Ge- werkschafter innerhalb dieser Ordnung mit dem Unternehmertum herum, versuchen, in dieser Gesellschaft schon für die Arbeiterchaft gewisse Vorteile zu erringen. Wir müssen als Sozial- listen gegen den kapitalistischen Krieg sein, aber wo wir im Augenblick vor die Frage gestellt werden, was zu tun ist, können wir eben wegen unserer Stärke nicht Beschlüsse ins Blaue hinein fassen, sondern haben mit den realen Machtver- hältnissen zu rechnen. Soag und Rom haben es verabsäumt, diese realen Machtverhältnisse ins Kalkül zu ziehen. Die Beschlüsse verpflichten die internationale Arbeiterchaft, drohende Kriege mit dem Generalstreik zu verhindern. Die Ruhr- besetzung ist ein Krieg, sie sollte verhindert wer- den und wurde es nicht, weil wir zu schwach sind, den imperialistischen Siegerwillen einer machtparadiesischen Militärdiktatur und eines profit- lästernen, schwerindustriellen Kapitals in einem Ansturm zu überwinden.

Das mußte man wissen und erkennen. Des- halb habe ich geschrieben, daß die Beschlüsse besser nicht gefaßt worden wären, weil ihnen das Stigma der Unrealisierbarkeit anhaftete. Das sollte aber auch Finnern kennen und er sollte daher nicht nach dem Ruhrabenteurer die zweifel- los für das Proletariat bestehenden Gefahren, die indessen vorher nicht geringer waren, plötzlich als tobdringend betrachten. Vielleicht kennt Ge- nosse Pöhl nicht die Verhandlungen, die sich nach der Ruhrbesetzung innerhalb der verantwortlichen Faktoren der internationalen Gewerkschaftsbewe- gung abspielten — ich glaube sie teilweise zu kennen. Und daher weiß ich, daß Finnern fest geglaubt hatte, das Ruhrabenteuer durch den inter- nationalen Generalstreik liquidieren zu können, und daß daran seine Zurechtfindung lag, als dies nicht möglich war. Zeither ist er zum Apostel der Einheitsfront geworden, in einer Art, die

besonders in Deutschland von den führenden Genossen nicht als besonders erfreulich empfun- den wurde. Er ist deshalb auch vom A. O. B. angegriffen worden, und daraus ist dann erst recht seine Verbitterung erwachsen, die ihn in Aufregung bringen ließ, die von den Kommuni- kanten natürlich lebhaft affirmiert wurden; daß wenn die „sozialparoxysmische Presse gegen Finnern loszieht, ihr die Arbeiter sagen sollen, daß sie entweder große Efel sind oder ganz verfluchte Sündler“. Das ist wohl reichlich klar und ver- schleiert das Massenproblem zum Führerproblem.

Inland.

Der Galgen-Schöllich.

Die Wolf, Teufel und Hummer haben an den Jung, Kallina und Parcan würdige Nach- folger gefunden. Sogar der Oberbaurat Seine, dem während des Krieges „noch zu wenig Galgen“ gebaut wurden, feiert wieder Auferstehung, und zwar in der Person des deutsch- nationalen Abgeordneten Schöllich, des Kul- turreferenten der Deutschnationalen, der — ein teuflischer Professor — zu den wüßtesten Bo- gromhebern und unverschämtesten Reaktionären unter den hierländischen Parteiführern gehört. Das von ihm herausgegebene Blatt, der „Volks- ruf“, der mit dem Resthauch des nationalen und Rassenhasses wie kein anderes Blatt behaftet ist, brachte in seiner letzten Nummer vom 26. Juli unter anderem auch folgende Notiz:

Chrhards' Flucht. Die Judenpresse kann sich nicht beruhigen. Noch immer tobt sie. Die Jaughunde der Novemberverbrecher werden nach allen Windrichtungen gehetzt. Ver- höfungen, Untersuchungen leitet man ein. Die Prinzessin Hohenlohe, welche unter dem Verdachte steht, bei der Flucht beihilft gewesen zu sein, wird wie eine Verbrecherin behandelt. Was hat sich eine furchtbare Ausbreitung demächtigt, denn die Republik ist in Gefahr — was man halt so nennt. — Hoffentlich ist die Angst nicht un- begründet. Ihr Aeneide der weißen Büchse. Hoffentlich ist Chrhards' Flucht nur der Auftakt zu neuen Ereignissen, welche bald alle Verdröter dort- hin bringen werden, wohin sie gehören — aber nicht in die Zellen des Kerkers, sondern in lustige Höhlen, wo man sich das Atmen rauch abgewöhnt.

„Hoffentlich ist die Angst nicht unbegründet!“ Hoffentlich stürzt die Republik, damit sich auf ih- ren Trümmern die davongegangene Dynastie und ihre Trabanten wieder breitmachen können! Das lehnt der Schöllich herbei, das erwartet er von der Flucht Chrhards'. Und dann — dann sollen die „Novemberverbrecher“ — Sozialisten, Kom- munisten, Arbeiter und Arbeiterführer — nicht etwa eingesperrt, sondern aufgehängt wer- den, damit sie „sich das Atmen rauch ab- gewöhnen!“ Dies der Wunsch und die Hoff- nung des Abgeordneten Schöllich, der wohl noch nie darüber nachgedacht hat, daß die Arbeiter, auf- gereizt durch Drohungen mit Nord und Gal- gen, den Nordpredigern und Galgenbauern ein- mal mit der Hundspitze zuborkommen könnten. Jedenfalls werden sich die „November- verbrecher“ und ihre „Jaughunde“ — die Juden schlägt man vorläufig und die Sozialisten meint man für später — den blutrünstigen „Herrn“ vom „Volksruf“ gut merken, der es nicht erwarten kann, bis wiederum — wie einst im Mai — die Galgen aus dem Boden schießen. Der Galgen- Schöllich — die Verewigung dieses Na mens sei die erste Antwort auf die mordlü- sterne Sprache dieses südetendischen Konterre- volutionärs. Sollte ihm damit noch nicht genügt sein, so können wir dem Galgen-Schöllich auch noch anders kommen.

Die gelben Verleumder richten sich selbst

Die „Neue Zeit“, das Troppauer Sprachrohr der nationalsozialistischen Partei, eines der übelstbelemundeten gelben Blät- ter, brachte am 17. Feber dieses Jahres einen Artikel, in dem der deutsche Reichstagsabgeord- nete Genosse Breitscheid in der gemeinsten Weise verleumdet und beschimpft wurde. Da tat es not, dem Pöhl wieder einmal auf die Kin- ger zu klopfen. Genosse Breitscheid sagte. Die „Neue Zeit“ aber versuchte gar nicht, auch nur eine einzige ihrer Lügen und Verleumdungen vor Gericht zu verfechten, sondern trat einfach — Ehre haben die Durschen keine zu verteidigen — in feiger, hündisch-kriechender Weise Rückzug an. Am 20. Juli 1923 veröffentlichte die Schriftleitung des Verleumderblattes folgende

Erklärung:

In der Folge 13 vom 17. Hornung (Februar) 1923 haben wir unter der Ueberschrift „Abermals ein Dolchstoß in den Rücken der deutschen Abwehr- front“ einen Artikel veröffentlicht, in welchem wir Herrn Dr. Rudolf Breitscheid, Mitglied des Deutschen Reichstages in Berlin, einen „Schand- buben“ genannt und ihn im Zusammenhang mit seiner Reise nach England fälschlich des Ver- rates an Deutschland bezichtigt und hiebei höhnisch bemerkt haben, „daß er in England um eine englische Intervention ge- winkselt und als der getrene Pudel des Herrn Poincaré alles das getan habe, was ihm das französische Herrscher befahl“. Ferner haben wir uns in dem obernährten Artikel über Herrn Doktor Breitscheid geäußert: „Da kommt in ein jü- disher Schweinkerkel und Genossen- führer und sticht den Dolch des Verrates gegen die deutsche Abwehrfront“, haben ihn „Jud- das“, „Herodes“ und „Ephialtes in einer Person“ genannt, ihn beschuldigt, daß er die Geschäfte Frankreichs besorge, und daran die Frage geknüpft, wieviele französische Franken der Verrat trage.

Wegen dieses Artikels und der darin enthal- tenen verleumderischen Beschuldigungen hat Herr Dr. Rudolf Breitscheid gegen unseren verant- wortlichen Redakteur Herrn Dr. Karl Binder beim Landesgericht Troppau die Klage wegen Vergehens der Ehrenbeleidigung überreicht.

Wir erklären nun, daß wir sämtliche in dem obernährten Artikel enthaltenen, gegen Herrn Dr. Rudolf Breitscheid, Mitglied des Deutschen Reichstages in Berlin gerichteten Beschuldi- gungen und Anwürfe, da sie gänzlich un- wahr und erdichtet sind, widerrufen, und daß wir auf das tiefste bedauern, Herrn Dr. Breitscheid durch diese verleumde- rischen Beschuldigungen und die an sie geknüpften Beschuldigungen und Beschönigungen in seiner Ehre beleidigt zu haben. Herr Dr. Breit- scheid nimmt gegen Abgabe dieser Erklärung durch die Redaktion der „Neue Zeit“ und gegen deren Verpflichtung, die Kosten seines Anwaltes zu er- setzen, von der weiteren strafgerichtlichen Verfol- gung Abstand.

Troppau, am 20. Juli 1923.

Die Schriftleitung der „Neue Zeit“.

Etwas Entehrenderes als diese Erklärung ist schlechterdings unvorstellbar. Aber, wie gesagt, „Artikel“, „Ehre“ ist für eine gewisse Journaille ein Fremdwort und ein gelber Schriftleiter ist auch bereit, dem verleumdeten Gegner die Frühe abzulecken, wenn er sich damit nur der noch här- teren Stauung durch ein richterliches Ur- teil entziehen kann.

Von welchem moralischen Tiefstand diese gel- ben Schriftleiter im allgemeinen und die Ver-

leumder in der „Neuen Zeit“ im besonderen sind, davon zeugt aber in noch drastischerer Weise folgende „Anmerkung der Schriftlei- tung“, die der Erklärung beigelegt ist:

„Der geklagte Aufsatz erschien in unserer Blatte zu einer Zeit, da unser verantwortlicher Schriftleiter Dr. Karl Binder erkrankt war und Dr. Alex. Schilling für ihn diesen Teil des Blattes leitete.“

Es wäre ja auch höchst sonderbar, wenn der Renegat Schilling, diese widervärtige Erscheinung der südetendischen Politik, mit der ordinären Beschimpfung und Verleumdung eines führenden Genossen nichts zu tun hätte. Aber dieser Dr. Binder, der sich reinzuwaschen ver- suchte, indem er die Verantwortung auf seinen Parteigenossen und Redaktionskollegen abwälzt, ist ein dem Schilling durchaus ebenbürtiger Charak- ter. Beider hervorstechendste Eigenschaft ist do- denlose Feigheit.

Im Falle Breitscheid haben sich die Gejellen selber gerichtet, sie sind reif, endlich den Fuhrtritt von den nationallistisch verhetzten Arbeitern zu erhalten.

Schwere Beschuldigungen gegen den Erzbi- schof Dr. Kordač. Eine ganz ungewöhnlich schwere Beschuldigung gegen den Erzbischof von Prag erhebt das gestrige Nachmittagsblatt des „Ceske Slovo“. Es handelt sich um folgendes: Als in Prag am 28. Oktober 1918 der Umsturz erfolgte und der Nationalauschuß sich der Prager Postdirektion bemächtigte, fand sich im Tisch des Postdirektors Dr. Kalandra eine Reihe interessanter Briefe, darunter auch ein Brief des damali- gen Theologieprofessors und jetzigen Erzbischofs von Prag, Dr. Kordač. In diesem Brief beschul- digt Dr. Kordač einen Postangestellten der Frei- denkerie und verlangt, daß er an die Front geschickt werde. Wenn diese Dar- stellung den Tatsachen entspricht, wirft das ein sonderbares Licht auf die christliche Moral und auf den tschechischen Patriotismus der Mannen des Herrn Schramel.

Die Tüchtigkeit der tschechoslowakischen Büro- kratie erfahren nun auch die tschechischen Sozial- demokraten am eigenen Leibe. In Chotěbuz bei Deutschbrod fand vor kurzem eine Feier der tsche- chischen sozialdemokratischen Partei statt, bei der der Bezirksobmann, der tschechische Sozialdemo- krat Jvoanek über die Anfänge der tschechischen sozialdemokratischen Bewegung sprach. Raum war der Redner von der Feier zu Hause, wurde ihm eine gerichtliche Vorladung übermittel, aus der er erfuhr, daß er sich wegen Uebertretung des Versammlungsgesetzes zu verantworten habe. Ein ähnlicher Fall wird aus dem Orte Podmožan ge- meldet, wo der dortige Parteisekretär wegen einer Versammlung, in der es sich um die Gründung eines tschechischen sozialdemokratischen Turnver- eines handelte, von der Gendarmarie einem Ver- hör unterzogen wurde. — Vielleicht werden auch die tschechischen Sozialdemokraten einmal die Sognungen des Schutzgesetzes genießen und die Bürokratie wird ihnen zeigen, was für prächtige gefesegeberische Arbeit sie geleistet haben.

Was ist's mit den Gemeindevahlen? Nach Zeitungsberichten haben einige politische Bezirks- behörden bereits die Termine für die Gemeindevahlen festgesetzt. Nun teilen aber die „Narodni Listy“ vom 23. Juli mit, daß es sich lediglich um Vorschläge der politischen Bezirksbehörden handle und die endgültigen Termine erst Anfang August von den politischen Landesbehörden, bzw. vom Ministerium des Innern festgesetzt werden sollen. Ein solcher Vorgang entspricht aber nicht der Ge- meindevahlenordnung, da nach § 11 derselben die Aufsichtsbehörde die Wahl auszuschreiben hat und

Der nachdenkliche Kaiser.

Ein chinesisches Märchen.

Der Sohn des Himmels, Cing Li C, ge- nannt Haw Tu Li Can He Sun, was so viel be- deutet, wie „Die Gerechtigkeit selbst“, fühlte sich beim Erwachen nicht ganz wohl.

Der Kaiser krank!

Der ganze Hof begann davon zu sprechen. Viele grüßten schon den ersten Minister nicht mehr. Der Hofpoet verfaßte bereits eine Ve- grüßungsode auf seinen Nachfolger.

Die tüchtigsten Ärzte, blah vor Bestürzung, untersuchten unter zahlreichen Verbeugungen und fortwährenden Entschuldigungen den Kaiser. Flüsternd wählten sie dann den ältesten unter ihnen zum Sprecher aus, der sich aufs Angesicht warf und ausrief:

„Entzuden der Menschheit! erlaubst du, dir die ganze Wahrheit zu sagen?“

„Sprich!“ befahl der Kaiser.

„Du bist gewiß der Sohn des Himmels, aber in deiner Barmherzigkeit gerührst du, dich zu den Menschen herabzulassen und gelegentlich gefallt es dir, eine Krankheit zu bekommen, die sogar ge- wöhnliche Sterbliche heilen können. Heute hast du dir in deiner Großmut den Magen verdor- ben!“

Der Sohn des Himmels wunderte sich ge- waltig.

„Woran?“ Zur Nacht trank ich doch nur die Milch meiner Amme. Die dreihundertundsechzig Monde, seit ich Kaiser bin, lebe ich, weil es nur so gefiel, nur von der Milch meiner Ammen. Dreihundertundsechzig Ammen hatte ich schon, und noch ist mir nichts Derartiges zugestofen. Wer gab meiner Amme Speise und was für welche?“

Sofort wurde eine genaue Untersuchung an-

gestellt. Sie ergab jedoch, daß die Amme nur von den besten Speisen gegessen hatte und daß ihr auch nur die gewohnten Quantitäten zur Verfügung gestellt worden waren.

„Vielleicht hat sie eine angeborene Krank- heit? Weshalb waren die, die sie ansuchten, nicht vorsichtig genug?“ fuhr der Sohn des Himmels auf. „Enthauptet die Schuldigen!“

Die Missetäter wurden enthauptet. Bei näherer Untersuchung stellte sich indes heraus, daß sie sich nichts hatten zuschulden kommen lassen. Die Amme war völlig gesund.

Da ließ der Kaiser die Amme vor sich bringen.

„Wovon ist deine Milch verdorben?“ fragte er streng.

„Sohn des Himmels, Wohlthäter der ganzen Welt, Gerechtigkeit selbst!“ sagte, zitternd vor Auf- regung, die Amme. „Du suchtest die Wahrheit nicht dort, wo sie verborgen ist. Wir gab weder jemand zu viel zu essen, noch habe ich selbst mich übergessen. Auch habe ich keine angeborene Krankheit. Meine Milch ist verdorben, weil ich immer an das denke, was bei mir zu Hause vor- geht!“

„Was geht bei dir zu Hause vor?“ fragte der Kaiser.

„Ich bin gebürtig aus der Provinz Petschili, deren Verwaltung du dem Mandarin Kini anzu- vertrauen gerühst. Er vollbringt schreckliche Dinge, o Entzuden der Menschheit. Unser Haus verkaufte er und behielt das Geld für sich, weil wir ihm das Geschenk, das er forderte, nicht geben konnten. Meine Schwester nahm er zu sich als Kapranossin, ihren Mann ließ er enthaupten, damit er ihn nicht anlagen könne. Außer- dem tötete er meinen Vater, meine Mutter ließ er ins Gefängnis bringen. Ueberhaupt verfuhr er mit uns so, wie er mit allen verfährt. Wenn ich an all das denke, muß ich weinen, und davon verdorbt meine Milch!“

Der Kaiser ärgerte sich furchtbar.

„Bringt alle meine Räte zu mir.“

Als die Räte alle versammelt waren, befahl er sehr streng:

„Suchet mir einen redlichen Mann!“

Den fand man und brachte ihn zu Hofe.

Und zu ihm sprach der Kaiser:

„Der Mandarin Kini, dem ich die Verwal- tung der Provinz Petschili übertragen habe, treibt solche Dinge, daß sogar die Milch meiner Amme verdorben ist. Gehe sofort hin und stelle die ge- nannte Untersuchung an. Dann gib mir Rechenschaft. Sieh aber zu, daß du mir nichts verbirgst oder hinzufügst. Die Wahrheit muß so durch deine Worte scheinen, wie der Mond durch den stillen See. Weicht du, so wie wenn du in einer stillen Nacht schaust und nicht unterscheiden kannst, wo der wirkliche Mond ist und wo sein Widerschein, im See oder am Himmel. Nun geh!“

Der redliche Mann machte sich sofort auf den Weg mit einem ganzen Hundert der geschick- testen Untersuchungsbeamten.

Als der tödlich erschrockene Mandarin merkte, daß die Dinge schlimm standen, bot er dem Abgesandten ein großes Geldgeschenk an.

Weil er aber vom Kaiser selbst abgesandt war, wogte der „redliche Mann“ nicht, das Ge- schenk anzunehmen.

Dreimal hatte sich schon der Mond erneuert, aber der redliche Mann mit seinen hundert Hel- fern war immer noch mit der Untersuchung be- schäftigt. Endlich, als schon der vierte Mond zur Reize ging, stand der redliche Mann vor dem Kaiser. Er warf sich ihm zu Füßen und fragte:

„Gerechtigkeit selbst, soll ich dir die ganze Wahrheit sagen?“

„Die ganze“, befahl der Kaiser.

„Wenn es auf der ganzen Welt, die dir ge- hört und niemand sonst, eine Gegend gibt, die beneidenswert ist“, berichtete der redliche Mann, „so ist es zweifellos deine Provinz Petschili, o

Sohn des Himmels. Wahrhaftig, sie könnte selbst den schlimmsten Drachen zu Tränen rühren. In der ganzen Provinz dettelt alles. Niemand gibt ein Almosen, weil jeder selbst darum bittet. Die Häuser sind zerstört, die Reisfelder unbearbeitet. Nicht etwa, weil die Leute faul wären, sondern weil der Mandarin ihnen alles nimmt, was sie erarbeiten. An den Gerichten gibt es keine Ge- rechtigkeit. Recht bekommt der, der dem Manda- rin am meisten bezahlt. An gute Sitten denkt man schon gar nicht mehr. Wenn Kini ein Mäd- chen sieht, das ihm gefällt, so nimmt er's von Vater und Mutter weg zu sich. Und nicht nur Mädchen, auch verheiratete Frauen.“

„Das ist nicht möglich“, schrie der Kaiser.

„Nicht nur der Mond, auch die Sonne könnte durch meiner Worte Wahrheit hindurchscheinen!“ antwortete der redliche Mann. „Alles, was ich sage, ist lauter Wahrheit. Die Fierde deines Rei- ches, die Blume deiner Provinzen, die Provinz Petschili, geht zugrunde!“

Der Sohn des Himmels griff sich ans Haupt, ein Zeichen großer Verzweiflung.

„Ich muß mir überlegen, was zu geschehen hat. Ich muß nachdenken!“

Er befahl allen Hofleuten, sich im großen Saal zu versammeln. Dann begab er sich selbst in ein anstößendes Gemach. schritt von Winkel zu Winkel und überlegte.

So ging der ganze Tag vorbei.

Gegen Abend schritt der Sohn des Himmels zu den Höflingen, setzte sich feierlich unter dem Baldachin, und als alle sich aufs Antitz geworfen, verkündete er:

„Die Provinz Petschili befindet sich in ver- zweifeltstem Zustande und deshalb befehlen wir, von dorthier keine Ammen für den Kaiser zu neh- men!“

Und seit jener Zeit nimmt man für den Sohn des Himmels keine Ammen mehr aus der Provinz Petschili.

nach § 69 unter der Aufsichtsbeförderung die der Gemeinde unmittelbar übergeordnete politische Behörde, also mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut, die politische Bezirksbehörde verstanden wird. Wenn es sich bewahrheitet, daß das Ministerium selbst die Wahltermine bestimmen wird, dann ist es außer Zweifel, daß die Frage der Gemeindevahlen von der Regierung als Politikum betrachtet wird. Trifft dies aber zu, dann ist es überhaupt noch nicht gewiß, daß die Gemeindevahlen dieses Jahr noch stattfinden werden. Offenbar haben die Verlautbarungen der politischen Bezirksbehörden über die Wahltermine die Gegner der Ausschreibung der Wahlen auf den Plan gerufen und zu weiteren Versuchen, die Wahlen zu hintertreiben, angereizt. Sonst wäre es unerklärlich, daß die Verlautbarungen der politischen Bezirksbehörden nunmehr wieder desavouiert werden, indem man sie zu bloßen Vorschlägen oder Anträgen degradiert. Es wäre etwas ganz Neues, daß die politischen Bezirksbehörden ihre Anträge an die vorgelegten Behörden der Öffentlichkeit übergeben. Die Sache ist eben so, daß die politischen Bezirksbehörden ermächtigt worden waren, die Wahlen auszuschreiben, daß aber diese Ermächtigung unmittelbar darauf widerrufen wurde.

Die neueste kommunistische Parole: Bauen eine Luftflotte! Auf der Jagd nach Parolen, die die kommunistische Partei eifrig betreibt und in der sie der Sozialdemokratie zweifellos überlegen ist, ist sie nun glücklich beim Luftmilitarismus angelangt. So schreibt die „Internationale“ vom 27. Juli in ihrem Leitartikel folgendes:

Angesichts dieser Situation kann Sowjetrußland nur eines tun: nämlich eine Luftflotte bauen, die es mit der stärksten Luftflotte der ganzen Welt aufnehmen kann. Sowjetrußland, das von allen Seiten von Feinden umgeben und bedroht ist, muß eine Luftflotte besitzen, die von jeder Mächtigkeitsregierung respektiert wird. Die gebaute Flotte in der Luft mit dem Sowjetrußland sollte eine Warnung für jede räuberische und mörderische Regierung sein, die es wagen würde, den Bund der Sowjetrepubliken zu bedrohen.

Nun werden die Arbeiter beruhigt sein; wenn ihnen nichts anderes helfen kann, eine Luftflotte hilft ihnen sicher. Wir gratulieren den Luftflottenkommunisten zu ihrer staunenswerten Wandlungsfähigkeit.

Ein Memorandum der slowakischen Volkspartei an die Völkervereinigung. Wie erst jetzt — aus den „Edvove Roviny“ — bekannt wird, hat die slowakische Volkspartei heuer im Juni dem ehemaligen Universitätsprofessor Dr. Tuka, einem der geistigen Führer der slowakischen Nationalen, als dieser bei einem Skrifalen Kongress in Paris weilte, den Auftrag gegeben, mündlich oder schriftlich alle Beschwerden, welche die slowakische Nation vorzubringen hat, vorzutragen und um das Einschreiten der Völkervereinigung zu ersuchen, damit das Selbstbestimmungsrecht der slowakischen Nation anerkannt werde. Die slowakische Volkspartei hat sich zu diesem Schritte angeblich erst entschlossen, als ihr an die ganze Welt gerichtetes Memorandum bei der Prager Regierung kein Verständnis gefunden hat.

Ausland.

Abbruch der Verhandlungen über die Memeler Fragen. Bei den letzten Verhandlungen der Delegation der litauischen Republik und des Memeler Gebietes mit der Sonderkommission der Großen Entente in Paris über die Memeler Fragen ist kein Einvernehmen erzielt worden, da Polen neue politische Forderungen aufstellte. Von der litauischen Delegation waren für die freie Benützung des Hafens und für den Transit volle Garantien vorgeschlagen worden. Infolge der Differenzen wurden die Verhandlungen inzwischen abgebrochen. Die litauische Delegation wird aus Paris nach Litauen zurückkehren. Die alliierte Kommission wird dem Völkervereinigung über das Ergebnis der Verhandlungen berichten.

Vor neuen Kämpfen in Spanisch-Marokko? Aus den aus Melilla und Ceuta eingelangten Telegrammen sowie aus den Leitartikeln der Madrider Blätter läßt sich schließen, daß es in Spanisch-Marokko binnen kurzen zu wichtigen Ereignissen kommen wird. Die Rißfahlen entfalten eine beunruhigende Tätigkeit. Die „Correspondencia de Espana“ meldet, die Regierung habe die Situation sorgfältig geprüft und militärische Vorbereitungen, die für eine große Gegenoffensive bestimmt sind, angeordnet. Die verstärkten spanischen Truppen in Marokko betragen sich gegenwärtig auf 191.000 Mann.

Der Nationalrat der italienischen Volkspartei nahm eine Tagesordnung an, durch welche vier Deputierte aus der Partei ausgeschlossen und sieben andere zur Niederlegung ihrer Mandate aufgefordert werden.

Sozialistischer Wahlsieg in Holland.

Amsterdam, 27. Juli. (Wolff.) Die heutigen Wahlen zur ersten Kammer, die zum erstenmal nach dem proportionalwahlssystem erfolgten, ergaben das folgende Resultat: Katholiken 16 (bisher 21), Orthodoxe 8 (14), Christlich-historische Partei 7 (7), Sozialisten 11 (3), Freiheitspartei (Union) 5 (1), freimüthige Demokraten 3 (bisher 4).

Krisenstimmung in Berlin.

Musverkauf der Lebensmittel. — Die Erregung der Bevölkerung wächst. — Die Gewerkschaften warnen vor Unruhen. — Rückzug der Kommunisten.

Berlin, 27. Juli. (Tsch. P.B.) In Berlin gehen die beunruhigendsten Gerüchte um. Viel trägt dazu bei, daß die einsetzende Not an Lebensmitteln, die die schlimmste Zeit der Blockade während des Weltkrieges zu übersteigen droht, in der Bevölkerung ungeheure Erregung hervorruft. Vor den Lebensmittelgeschäften bilden sich wiederum lange Ketten, an Ferkeln sind die Berliner Geschäfte fast ausverkauft. Die einzige Milderung hierbei ist noch der Umstand, daß vorläufig Mehl und Brot zu haben waren, denn da seit einigen Tagen die Kartoffeln zu führen vollkommenen Mangel, ist das wichtigste Nahrungsmittel der Berliner Bevölkerung nicht vorhanden und bei dem sofortigen Andrang bei den Bäckereien ist zu befürchten, daß auch Brot und Mehl bald nicht mehr zu haben sein werden. Die Arbeiter erhalten Millionenlöhne, bekommen aber für diese ungeheuren Summen auch nicht die wichtigsten Lebensmittel zu kaufen. Die Stimmung hierüber gibt sich in den Verkehrsmitteln und auf den Straßen in lebhaft geführten Debatten gegen die Regierung und gegen die verfallene Geldwirtschaft kund. In amtlichen Kreisen sind, da man speziell für Sonntag ein Aufflackern oder eine Explosion der unter der Bevölkerung herrschenden Erregung befürchtet, die stärksten Vorbeugungsmaßnahmen getroffen.

Eine Quelle der Beruhigung bildet das besonnene Vorgehen der seitens der gewerkschaftlichen Kreise, die ihre Anhänger eindringlich vor Unruhen warnen, die die Situation nur noch verschlechtern könnten. Weiter ist der Einfluß der Gewerkschaften in der letzten Zeit wesentlich vermindert worden, denn die Kommunisten sind es, die auf den Zulauf der Arbeiterschaft hinweisen können.

Eine scharfe Note Sachsens an das Reich.

Die sächsische Regierung weist den Vorwurf zurück, daß von Sachsen ein Bürgerkrieg drohe.

Dresden, 27. Juli. Die sächsische Regierung hat an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet, in dem sie scharf gegen die Erklärung der Reichsregierung vom 18. Juli über die Möglichkeiten eines Bürgerkrieges, besonders gegen den letzten Absatz der Erklärung Stellung nimmt. In dem Schreiben heißt es u. a.: Diese Erklärung hat hier außerordentlich überrascht. Die Öffentlichkeit muß sich angesichts der sonderbaren Formulierung fragen, warum die Reichsregierung so besonderen Wert auf die Feststellung legt, daß sie bemüht sei, mit Sachsen und Thüringen ein Einvernehmen zu pflegen und daß sie es in dieser Beziehung nicht an ernstester Aufmerksamkeit fehlen lassen werde. Soll damit gesagt sein, daß die sächsische und die thüringische Regierung einer besonderen Oberaufsicht bedürfen? Soll in dieser Beziehung behauptet werden, in Sachsen hätten die inneren Verhältnisse derartige Formen angenommen, daß von Sachsen ein Bürgerkrieg drohe? Wenn die Reichsregierung in ihrer Erklärung sagt, sie werde es bei Sachsen und Thüringen nicht an pflichtmäßiger ernstester Aufmerksamkeit fehlen lassen, so kann dies bedeuten, daß nach Auffassung der Reichsregierung die sächsische und thüringische Regierung nicht die pflichtgemäße Aufmerksamkeit angewendet hätten und daß gerade von Sachsen und Thüringen aus die Gefahr eines Bürgerkrieges drohe. Die sächsische Regierung darf die Reichsregierung um eine Erklärung darüber bitten, ob dies der Sinn ihrer Erklärung ist, gegebenenfalls welchen Sinn sonst dieser Teil der Erklärung hat und was sie zu einer solchen Stellungnahme gegen die sächsische Regierung veranlaßt hat. Für den Fall, daß die Reichsregierung behaupten will, von Sachsen aus drohe die Gefahr eines Bürgerkrieges, darf die sächsische Regierung um Mitteilung der Tatsachen bitten, auf die die Reichsregierung eine solche Annahme stützt.

Der Zusammentritt des Reichstages.

Berlin, 27. Juli. (Wolff.) Der Wiederzusammentritt des Reichstages wird, soweit sich bisher übersehen läßt, nicht vor dem 9. August, spätestens aber am 17. August erfolgen.

Auch das Zentrum gegen Cuno.

Berlin, 27. Juli. (Eigenbericht.) Unter der Überschrift „In letzter Stunde“ veröffentlicht das führende Zentrumsorgan, die „Germania“, einen Artikel, der nichts anderes als eine Kompromissfrage gegen das Kabinett Cuno darstellt. Das Zentrumsblatt stellt fest, daß die Unzufriedenheit mit der Regierung allgemein sei und nunmehr einen gefährlichen Grad erreicht habe. Die Tatsache könne nicht wegdiskutiert werden, daß das Volk zu einem wesentlichen Teil durch die Unterlassungsünden und verfehlten Maßnahmen der Reichsregierung herbeigeführt sei. Es müsse endlich gehandelt werden. Habe der Reichstag die Überzeugung, daß die augenblickliche Regierung nicht mehr die Kraft und die Autorität habe, um die Lage zu meistern, dann sei es seine Pflicht, die Konsequenzen zu ziehen.

An den Bahnhöfen und auch an anderen Stellen sind kleine Zettel, offenbar von den Kommunisten, angeschlagen worden, worin die Aufforderung an die Arbeiter gerichtet wird, sich ungeachtet des Verbotes zu versammeln. Auf der einen Seite glaubt man, daß die Arbeiter nach Potsdam ziehen wollen, wo der Antifaschistentag geplant wird. Von vielen anderen Seiten wird dagegen erklärt, daß es sich um ein Scheinmanöver handelt und die Kommunisten einen ganz anderen Stadtteil aufsuchen werden.

In dem heutigen Aufruf der „Roten Fahne“ an die deutsche Arbeiterklasse heißt es u. a.: Die kommunistische Partei gibt ihren Feinden keine Gelegenheit, unter der Arbeiterschaft ein Blutbad anzurichten. Sie läßt sich nicht Namphziele aufzwingen. Macht man uns die großen Mähe streitig, dann sollen alle Straßen, alle Häuser das Feld unserer Aufrührungsarbeit sein. — In sozialistischen Kreisen wird dieser Aufruf als eine kleine Abfolge der großen für Sonntag beabsichtigten Demonstrationen angesehen.

Leut „Berliner Tageblatt“ fanden gestern im preussischen Ministerium des Innern und im Berliner Polizeipräsidium Besprechungen über die für den Antifaschistentag zu treffenden Sicherheitsmaßnahmen statt. Es wurde beschlossen, mit aller Schärfe gegen etwaige Ruhestörer vorzugehen. Die Schutzpolizei wird in Alarmbereitschaft gehalten werden.

Die kommunistischen Organisationen des Ruhrgebietes haben gestern nach einer Meldung des „Berliner Tageblatt“ bekannt, daß sie entgegen dem Verbot der preussischen Regierung am 29. Juli demonstrieren werden. Die französische und belgische Besatzungsbehörde hat daraufhin jede Demonstration verboten und belanntgegeben, daß alle Ansammlungen verhindert werden werden.

Jetzt müsse er Mut zur Verantwortung zeigen.

Die Auslassungen der „Germania“ bestätigen das, was die Sozialdemokratie schon seit Monaten dem deutschen Volke gesagt hat. Aber wer jetzt die Regierung Cuno fürzen will, muß dafür sorgen, daß eine starke und aktionsfähige Regierung sofort als ihre Nachfolgerin auf den Plan trete. Zu langen Regierungskrisen ist jetzt keine Zeit mehr. Auf alle Fälle scheint auch das Zentrum einzusehen, daß bloß durch nächste Einberufung des Reichstages Klarheit geschaffen werden kann.

Markt — unverändert.

Berlin, 27. Juli. (Eigenbericht.) Auf den ausländischen Börsen unterlag heute der Kurs der Mark starken Schwankungen. Zeitweise wurde die Mark nur mit zwei Drittel ihres gestrigen Standes bewertet. Ein besonders starker Druck auf den Markkurs wurde in London ausgeübt, wo große Mengen von Papiergeld auf den Markt geworfen wurden. Von der einen Seite wird behauptet, daß sie von den Franzosen her rührt, die das Geld im besetzten Gebiete geräubt hätten, von der anderen Seite, daß von deutscher Seite riesige Papiermarkmengen zur Deckung der Rohstoffeinfuhr verwendet werden. In Berlin waren heute die amtlichen Kurse für ausländische Zahlungsmittel unverändert.

Verhaftungen von Helfern Ehrhardts

Berlin, 27. Juli. Wie die Blätter aus Leipzig berichten, sind dort in den letzten Tagen zehn Personen unter der Beschuldigung verhaftet worden, die Flucht Ehrhardts begünstigt zu haben.

Ausweisungen von Gewerkschaftsleitern.

Berlin, 27. Juli. (Eigenbericht.) Seit einiger Zeit gehen die Besatzungsbehörden gegen die Angestellten der Bergarbeiterverbände scharfer als bisher vor. So wurde der Bezirkssekretär in Namstein mit seiner Frau ausgewiesen. Der Bezirksleiter in Gladsbeck wurde zu drei Monaten Gefängnis und einer Million Geldstrafe verurteilt, weil er die Bergarbeiterzeitung verbreitet hatte. In Aachen hat man den Bezirkssekretär und seine Frau ausgewiesen, weil er gegen die belgischen Besatzungsbehörden gearbeitet haben soll. — Das belgisch-französische Militär wird sich sehr darin äufsen, wenn es mit solchen Methoden den Widerstand der Bergarbeiter gegen die Besatzung brechen will.

Revision von Todesurteilen.

Essen, 27. Juli. (Wolff.) General Degoutte hat Monsignore Testa, der sich namens des Papstes um die Begnadigung des in Mainz zum Tode verurteilten Gorges bemüht hatte, mitgeteilt, daß dem Gnadengesuch stattgegeben worden ist. — Aus Aachen wird gemeldet: Drei Deutsche waren vom belgischen Kriegsgericht wegen Vorbereitung eines Sabotageaktes zum Tode, ein vierter zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden. In der Berufungsinstanz wurde jetzt das Urteil gegen die erstgenannten in lebenslängliche Zwangsarbeit und gegen den vierten in 20jährige Zwangsarbeit umgewandelt worden.

Baldwin über die Zukunft des Welt-handels.

London, 27. Juli. (A.N.) Ministerpräsident Baldwin sprach gestern im konservativen Klub in Glasgow über die Stellung der britischen Industrie. Der Minister erklärte u. a.: „Der erste wichtige Schritt, wie der Desorganisation der fremden Märkte zu begegnen ist, ist die Regelung der Reparationsfrage. Die Wirkung der Besetzung des Ruhrgebietes auf den internationalen Handel war gerade so wie wenn jemand beginnen würde, mit einem Federmesser in dem Werke einer Taschenuhr zu bohren. Der internationale Handel ist in seinem ganzen Organismus befallt und die Menschen beginnen erst jetzt um den Preis gewaltiger Opfer die Anfänge der Nationalökonomie und des ausländischen Austausch zu lernen. Tatsache ist, daß die Währungen in Zentraleuropa in eine verärrige Lage geraten, daß die Sicherstellung der Zahlungen im Auslande schwierig ist und immer schwieriger wird. Wenn der jetzige Stand der Dinge nicht bald ausgeglichen wird, wird bald die Zeit kommen, wo Mitteleuropa durchaus nicht imstande sein wird, seine Einfuhr zu bezahlen, was offensichtlich zur Folge haben wird, daß auch in ungekehrter Richtung Mangel des freien Kredites eintritt. Und so muß es zu einem raschen Anwachsen der Zerstörung des internationalen Handels mit der offensichtlichen Folge kommen, daß die Leiden eines Landes wie Großbritannien wachsen, das nicht bloß von seinem Gesamtanbel, sondern hauptsächlich und schließlich von seiner Ausfuhr abhängig ist. Es ist klar, daß niemand Reparationen erlangt, so lange in Deutschland nicht wenigstens eine Art der finanziellen Stabilität gefunden ist.“

Bezüglich der weiteren Zukunft sprach Baldwin die Meinung aus, daß man am Ende nur von Rußland und von einem oder zwei anderen Teilen der Welt erwarten kann, daß sie jenes breite Feld für den Handel bieten, welches die deutsche Ausfuhr verschlingen könnte, welche seine Reparationen darstellt, ohne daß dabei Großbritannien einer der stärksten Konkurrenz begeben müßte, die es je durchgemacht.

Welches das Ergebnis unseres ersten Versuches betreffend eine Lösung der Reparationsfrage sein wird, sagte der Ministerpräsident hinzu, kann ich nicht sagen. Ich will hier nur wiederholen, daß die Regierung keine Anstrengung sparen wird, diese Regelung zu erzielen.

Bei Besprechung des Lausanner Friedens und der Aussichten, die er für den britischen Handel bringt, erinnerte Baldwin an die große Wertung, der sich Großbritannien bei den Türken erkaufte und sprach die Hoffnung aus, daß die britischen und türkischen Geschäftskreise sich wieder verbinden werden, um diesen Handel zu beiderseitigen Nutzen zu entwickeln.

Belgien und Frankreich einig und unnahgieblig.

Ohne Einstellung der passiven Resistenz sind Verhandlungen ausgeschlossen.

Paris, 27. Juli. (Havas.) Das französische und das belgische Kabinett haben ihren Meinungsansatz bezüglich der englischen Note beendet und sich vollständig dahin geeinigt, neuerlich zu betonen, daß mit Deutschland irgendwelche Verhandlungen unmöglich sind, insoweit die passive Resistenz nicht eingestellt wird und daß die Räumung des besetzten Gebietes nur dann vorgenommen werden wird, wenn Deutschland in genügendem Maße Zahlungen leistet. Die Kabinette haben sich ferner auch darin geeinigt, wie den in der englischen Note enthaltenen Anregungen zu entsprechen wäre, wobei sich Poincaré einigen belgischen Darlegungen angeschlossen hat. Poincaré wird den Entwurf der französischen Antwort, Jaspars jenen der belgischen Antwort ausarbeiten. Die Antworten werden Montag fertiggestellt werden. Der französische Ministerpräsident wird wahrscheinlich in der nächsten Woche mit Rheinis und Jaspars zusammentreffen. Ungefähr in 10 Tagen wird sich Lord Curzon zur Kur nach Frankreich begeben und bei der Durchreise durch Paris eine Zusammenkunft mit Poincaré haben.

Mussolini und die Arbeiter.

Mailand, 26. Juli. „Popolo d'Italia“ sagt, die im Parlamente abgegebene Erklärung des Ministerpräsidenten Mussolini, er würde in der Regierung die Vertreter der organisierten Arbeiter begrüßen, habe ein verärriges Echo gefunden, daß das Problem bereits reif zu sein scheint. Einstweilen wird der Boden zu einer Diskussion gesucht, um, wie früher, gute Beziehungen zwischen der Regierung und anderen politischen Parteien zu erzielen. Mittwoch abends hatte Mussolini, wie bereits gemeldet, eine Unterredung mit Vertretern des Allgemeinen Arbeitsverbandes. Djezu bemerkt „Popolo d'Italia“: Die Bedeutung dieser Unterredung liegt darin, daß die Regierung gezeigt hat, daß sie nicht gegen die Arbeiterschaft ist und daß eine Beruhigung im Innern des Landes erreicht werden kann. Die Vertreter der Arbeiterschaft erklärten, der Allgemeine Arbeitsverband hege keine Vorurteile gegen die Regierung, wolle aber unabhängig von der sozialistischen Partei verhandeln. Viele Faschisten sind zwar gegen eine Vereinarung, doch hat Mussolini einen weiten Gesichtskreis. Wie „Stampa“ bemerkt, hatte Mussolini bereits bei der Uebernahme der Regierung die

Abicht, Vertreter der Arbeiterorganisationen in das Kabinett aufzunehmen.

Die Leitung der sozialistischen Partei (Unitarier) hielt gestern in Mailand eine Sitzung ab, in welcher eine Entscheidung angenommen wurde, in der erklärt wird, die angekündigte Aenderung der Regierungspolitik habe die Bedingungen des Proletariats in verschiedenen Zentren, wo unausgesetzt unverantwortliche faschistische Führer herrschen nicht geändert.

Zum Ostrauer Lohnkonflikt.

Minister Erba in Ostrau.

Mähr.-Ostrau, 27. Juli. (Tsch. P. B.) Minister für öffentliche Arbeiten Erba traf heute zeitlich früh in Begleitung des Sektionschefs Dr. Fischer und des Ministerialrats Dr. Jenger der Sektion Bergbau, sowie des Präsidialchefs Oberst Jng. Sprovatka und der Ministerialräte Sobieski und Kolacek der Bau- und Maschinenktion, in Mähr.-Ostrau ein. Der Minister wurde auf dem Bahnhofe von Vertretern der Behörden begrüßt. Bei dem sodann stattgefundenen Empfang von Vertretern des Arbeiterbergrbeiterates und Vertretern der Direktorenkonferenz sprachen beide Korporationen dem Minister den Dank für sein Interesse um Mähr.-Ostrau und dessen Industrie aus und ersuchten ihn bei der durch die Kündigung des bisher im Bergwesen gültigen Kollektivvertrages entstandenen Spannung wirksam einzuschreiten. Der Minister dankte für den Empfang und erklärte, die Regierung widme der Entwicklung des Ostrauer Reviers ein aufrichtiges Interesse, wie das dieser Teil der Republik verdient, der mit Recht als ihre Perle bezeichnet werden kann. Er verwies weiters darauf, daß unsere wirtschaftliche Lage kategorisch erfordert, daß jene Rohprodukte, die wir daheim erzeugen und die die Grundlage unserer Industrie bilden, billig seien; für jeden Fall aber müsse unsere Kohle auf ein solches Preisniveau gelangen, daß sie bei der Ausfuhr ins Ausland mit anderen Ländern konkurrieren könne. Der Minister versprach, er werde bestrebt sein, daß der Konflikt gerecht gelöst werde.

Ende des Bieltzer Streits.

Krales, 27. Juli. (Tsch. P. B.) Die Verhandlungen zwischen den Unternehmern in der Textil- und Metallindustrie und den Streikenden im Bieltz-Bialoer Industriegebiet haben heute nachts zur definitiven Verständigung geführt. Die Fabrikanten hoben den Arbeitern eine 49prozentige Lohnerrhöhung sowie die Schaffung einer paritätischen Kommission zur Festsetzung der Feuerungssteigerung zugesprochen. Die Arbeiterlöhne sollen in Zukunft nach Maßgabe der Feuerungssteigerung entsprechend geregelt werden. Auf Grund der Verständigung soll bereits am Montag die Arbeit im ganzen Bieltz-Bialoer Industriegebiet aufgenommen werden.

Beseitigung der nationalen Sektionierung der Landesschulräte?

Es hat allen Ernstes den Anschein, als habe das Schulministerium die Stille und Ruhe der Sommerferien dazu benützt, um mit der Aufhebung der nationalen Sektionierung der Landesschulräte mindestens einen Versuch zu machen. Man scheint die Sache zunächst in Mähren probieren zu wollen, um zu sehen, ob sich die deutschen Parteien diese „administrative Verfügung“ gefallen lassen. In Brünn ist nämlich der Leiter der tschechischen Sektion des Landesschulrates, Ministerialrat Swihawsky anfangs Juli in den Ruhestand getreten. Swihawsky führte auch öfter an Stelle des Landespräsidenten den Vorsitz in beiden Sektionen des Landesschulrates. Diesem Manne lagen aggressive Tendenzen gegenüber dem deutschen Schulwesen im allgemeinen fern und er unternahm nach dieser Richtung nie mehr, als ihm höheren Ortes aufgetragen worden war. Er wurde im Amte durch Herrn Ministerialrat Beran abgelöst, dem der Ruf eines tschechisch-nationalen Heißspornes vorangeht und der, wie in der deutschen Bevölkerung angenommen wird, — mit Recht oder Unrecht können wir nicht feststellen, — auch früher schon der Urheber so manchen Anschlages auf das deutsche Schulwesen des Landes gewesen sein soll. Doch ist die Ernennung des Nachfolgers für den abgetretenen Ministerialrat Swihawsky zweifellos ein persönliches Recht des Vorsitzenden des Landesschulrates und wenn wir auch gern eine nationale Hinsicht duldsame Persönlichkeit

als Stellvertreter des Vorsitzenden im Landesschulrat gesehen hätten, so würden wir an dieser Ernennung mit der Erklärung vorbeugehen, daß wir auf die Geschäftsführung des neuen Funktionärs — insoweit das deutsche Schulwesen in Betracht kommt — ein wachsam Auge haben werden.

Unterdessen ist aber die Ernennung mit tiefgehenden Aenderungen in der ganzen Organisation des Landesschulrates verbunden worden. Während bisher der deutschen Abteilung des mährischen Landesschulrates die deutschen Schulen unterstanden und die Erledigung der Angelegenheiten des deutschen Lehrpersonales oblag und die deutsche Sektion auch ihren eigenen Beamtenstand hatte, ist diese Einteilung nunmehr vollständig über den Haufen geworfen worden und der Landesschulrat wurde in fünf Departements gegliedert, denen je ein bestimmtes Gebiet Mährens unterstellt ist, so daß jedes dieser Departements sowohl tschechische als deutsche Schulen zu verwalten hat. Der bisherige Leiter der deutschen Sektion ist zum Vorstand eines der fünf Departements degradiert worden. Damit ist — soweit die Administrative in Betracht kommt — die nationale Sektionierung des mährischen Landesschulrates de facto beseitigt.

Es scheint — wie bereits erwähnt — kein Zufall zu sein, daß die Durchführung dieser durchgreifenden Aenderungen gerade in einer Zeit vollzogen wird, da das Parlament in die Ferien gegangen ist und die meisten Abgeordneten auf Urlaub sich befinden. Auch der Landespräsident von Mähren, Herr Cerny, befindet sich gleichfalls auf Sommerurlaub. Dennoch wird man kaum annehmen können, daß Herr Ministerialrat Beran auf eigene Faust die Umgestaltung des Landesschulrates vollzogen hat, ebenso wenig ist denkbar, daß der Vizepräsident Herr Remes die Zeit der Abwesenheit des Präsidenten Cerny benützt hätte, um ohne dessen Wissen die nationale Sektionierung in der mährischen Landesschulverwaltung zu beseitigen. Vielmehr steht zweifellos fest, daß Präsident Cerny noch vor seinem Urlaubsantritt die Anordnungen getroffen hat und es wird nur festzustellen sein, ob er dies aus eigener Initiative getan hat oder ob es sich um einen Auftrag des Ministeriums handelt. Jedenfalls wird hierüber der Herr Minister für Schulwesen und Volkskultur unseren Abgeordneten Rede und Antwort stehen müssen.

Dabei erhält sich beharrlich das Gerücht, daß die deutsche Sektion des Landesschulrates, die zum Teil aus ernannten, zum Teil aus vom Landesausschuß gewählten Mitgliedern besteht, überhaupt zu keiner Sitzung mehr einberufen werden wird. Wenn sich dieses Gerücht bewahrheitet, so scheint man allen Ernstes zu einem vernichtenden Schlag gegen die bisher noch verbliebenen Reste der nationalen Selbstverwaltung auf dem Gebiete des Schulwesens in Mähren auszuholen zu wollen. Es stimmt dies zwar sehr wenig zu dem „versöhnlichen Kurs“, den Herr Dr. Beneš den Deutschen gegenüber angeblich einschlagen will, aber wir sind bereits in diesem Staate daran gewöhnt, daß Worte und Taten miteinander in schreiendem Gegensatz stehen.

Nicht übersehen aber darf werden, daß es sich hier um eine Angelegenheit handelt, die in das Ressort des Schulministeriums fällt und daß an der Spitze dieses Ministeriums der tschechische Sozialdemokrat Behnys steht. Wir können nicht glauben, daß er wirklich die seit 16 Jahren bestehende nationale Teilung des Landesschulrates aufheben und die deutschen Schulen Mährens einer in ihrer Mehrheit tschechischen Landesschulbehörde unterstellen will. Hat doch im Vorjahre der Klub der tschechischen Sozialdemokraten im Parlament sich für die Beibehaltung der nationalen Sektionierung der Landesschulräte ausgesprochen und an diesen Beschluß seines parlamentarischen Klubs ist Herr Behnys doch wohl gebunden. Oder sollten die tschechischen Sozialdemokraten wieder einmal eine „Schwenkung“ in der Frage vollzogen haben? — Daran können und wollen wir nicht glauben und dies um so weniger, als sich im Vorjahre sogar die „Libod's noviny“, das Organ der tschechischen Nationaldemokraten, also das Blatt der deutschfeindlichsten Partei im Lande, mit der Aufrechterhaltung der nationalen Sektionierung einverstanden erklärt hat. Und überdies — daran gestalten wir uns in aller Höflichkeit zu erinnern — sind die tschechischen Sozialdemokraten, die Mitglieder der Londoner Internationale sind, durch die Beschlüsse der Hamburger Tagung doch wohl gebunden, in denen ausdrücklich die Forderung nach nationaler Selbstverwaltung der Minderheiten erhoben wurde. Es kann doch nicht angenommen werden, daß die tschechischen Sozialdemokraten so offenkundig gegen einen Beschluß handeln, an dessen Zustandekommen sie mitgewirkt haben. Sie dürften es sich und mit ihnen Behnys doch wohl überlegen — neuen Bindstoff anzuhäufen.

Jedenfalls tut rascheste Klarstellung in der Sache not. Denn wenn die Aufhebung der nationalen Sektionierung des Landesschulrates in Mähren glückt, dann hat auch in Böhmen das letzte Stündlein für diese Einrichtung geschlagen und die Schaffung einer Landesschulbehörde mit einer tschechischen Zweidrittelmehrheit ist auch für Böhmen nur mehr eine Frage von Wochen. Liegt nun Eigenmächtigkeit des mährischen Landespräsidenten vor, dann hat das Schulministerium die Pflicht, durch einen kategorischen Auftrag Abhilfe zu schaffen.

Wir verlangen also rascheste Aufklärung. Der Unterrichtsminister Behnys und die tschechischen Sozialdemokraten haben das Wort!

Tages-Neuigkeiten.

Prinzessinnenliebe und Korvettenkapitän

oder

Weineidig, aber doch Jungfrau.

(53. Fortsetzung eines Hintertreppentromans.)

LXXV. Kapitel.

Mit freiblebigen Augen erhob sich Prinzessin Margarete. Totenstill summten die Fliegen im Gerichtssaal, während ihre kuffigen Lippen tiefbewegte flüsterten:

„Ehrhardt war tot. Er hatte seinen Namen abgelegt. Er war nun ein anderer Mensch. Es lebte nur Herr von Schwewe.“

Tieferschütterten Ohres lauschten die Richter dem angeklagten Vorbringen. So hatte die Prinzessin dreierlei auch dem betroffenen Untersuchungsrichter zornig ins Gesicht geschleudert, daß es einem Wesen ihres Standes nicht zukaft, Eide zu schwören, namentlich keine Wahrheitsgemäßen. Und als der plebejische Wicht sich kleinlaut auf die Weimarer Verfassung berief, nach wieweilig Nachwerk alle Standesunterschiede aufgehoben seien, hatte sie ihm mit zornbebenden Lippen das Buch entrisen und vor die entsetzten Augen geschleudert.

„Ich werde meinen Beichtvater um Rat fragen.“

Gellend schnitt das Wort durch die schaurige Stille des Gerichtszimmers.

Zwei Nächte lang beichtete die Prinzessin ihrem Beichtvater, der, wie der scharfsinnige Leser bereits erraten hat, kein anderer ist als der Held dieses Romans. Was in dieser Zeit von den beiden besprochen wurde, erfährt kein Mensch außer dem Rechtsstudenten Liebig, den der galante Beichtvater ab und zu zur Unterstützung heranzog.

Am dritten Morgen aber erhob sich die Prinzessin, trat vor den Untersuchungsrichter und beschwor finstern Hauptes die Worte:

„Ich kenne keinen Ehrhardt mehr, ich kenne nur noch von Schwewe.“

Hohnlachend rauhste sie auf dunkeln Fittichen hinaus.

Der kopfschüttelnde Untersuchungsrichter aber starrte auf einen Jettel, den ihm eine unbekannte Judasband in die Aktien geschmuggelt hatte:

„Schmann = v. Schwewe, v. Schwewe = Ehrhardt. Sind zwei Größen einer dritten gleich, so sind sie auch untereinander gleich.“

Der Untersuchungsrichter grübelte mit geirungenen Fäufeln.

Dann fertigte er den Haftbefehl gegen Eichmann aus.

LXXVI. Kapitel.

In rascher Fahrt, die zwei Führern das Lebenslicht kostete, hatte sich unterdessen das Polizeiautomobil dem städtischen Kernzoo genähert. Jetzt hielt es vor der durch anmutigen Komfort des aus Südwestafrrika infolge des Krieges zurückgeführten Weizers ausgezeichneten Wula des Freiherrn hinter dem Busche.

Ein mürrischer Pförtner öffnete und bedeutete den ihm entstiegenden Schergen, daß der Freiherr verzeilt sei und infolgedessen im Letz-ete mit seiner Gattin nicht gestört zu werden wünsche.

Mit knurrendem Sädeln schob ein stämmiger Polizist ihn beiseite. Ueber die Treppe drangen sie vor.

Der Freiherr hinter dem Busche war gerade darin vertieft, der Freifrau hinter dem Busche einen jählichen Kuß auf die Stirn zu siegeln, als die rote Horde eindrang.

Mit erhobener Brust trat ihnen der Freiherr entgegen.

„Hinaus!“

Er deutete auf sein Jagdgewehr. Aber die Schergen waren in der Ueberzahl. Während der eine den tieferschütterten Freiherrn umzingelte, griff der andere mit vertogener Hand unter das Kopfkissen, dessen frischbezogener Bezug in der linken Ecke die siedenzadige Freiherrnkrone trug, das Zeichen seines Ruhieters.

Ein gellendes Hohngelächter — er hielt die verätherischen Papiere in der Hand.

Doch zu früh. Die Freifrau, der keine seiner Bewegungen entgangen war, stürzte wie eine Furie über ihn her, und während ein tränensüchtiger Wlad der ersteren sich auf dem auf dem nachlässig stehenden Portrait Ehrhardts-Schwewe-Eichmanns, das letzteren ohne Vollbart darstellte, festlog, verschlang erstgenannte das rechtzeitig entrisene Papier.

Ein schriller Ausschrei des Polizisten — und schon war die zerlante Papiermasse in den ewig verschwiegenen Magen der Freifrau hinabgeglitten.

LXXVII. Kapitel.

Der Reichsminister Cuno hatte die Minister um sich versammelt. „Rein: Herren,“ sprach er mit tränenumflorter Stimme, „wir können der kleinen, aber mutigen Verschwörerschaft nicht Herr werden. Erzberger ist ermordet, Rathenau ermordet, Ehrhardt nach Ungarn entkommen. Meine feste Ueberzeugung geht dahin:

(Fortsetzung folgt.)

Mich, v. Lindenheden.

1 Krone 17 Heller — tägliche Invalidenpension. Nach dem Berichte des Landesamtes für das Jahr 1922 sind in diesem Jahre für Kriegsbeschädigte in Böhmen 158.290.783 Kronen ausgegeben worden. Da die Zahl der Kriegsbeschädigten in Böhmen 375.745 beträgt, so entfällt auf einen Kriegsbeschädigten durchschnittlich

eine Summe von 421'88 Kronen jährlich. Monatlich erhält also ein Kriegsbeschädigter durchschnittlich 35 Kronen 13 Heller, täglich eine Krone siebzehn Heller. Die Beträge für die Witwen und Waisen sind aber noch viel geringer. So hat ein Waisenkind Anspruch auf eine Pension von 80 Hellern täglich. Das Kind eines Invaliden bekommt zehn bis fünfzig Heller täglich. Im Verhältnis zu anderen Staaten ist die Vermögenslosigkeit dieser Summen eine direkt himmelschreiende. Während beispielsweise in Oesterreich ein Kriegsinvalid 3.069.565 Kronen erhält, bekommt ein Kriegsinvalid in der Tschechoslowakei 529 Kronen 41 Heller monatlich. Eine Witwe mit drei Kindern erhält in Oesterreich 632.411 Kronen monatlich, in der Tschechoslowakei 147 Kronen 55 Heller. Wie in einem Artikel der Zeitschrift „Roths Süd“ (Die neue Welt) hervorgehoben wird, erfolgt die Erledigung der Ansuchen der Kriegsinvaliden in so nachlässiger und verantwortungsloser Weise, daß oft Kriegsinvaliden schon längst gestorben sind, bevor ihr Pensionansuchen erledigt werden konnte. Das Blatt verweist auch darauf, daß Kriegsinvaliden, die 20.000 Kronen verdienen, vom Staate keine Prothesen geliefert erhalten. Die Menschen also, die ihre gefunden Glieder für den Staat opferten, müssen sich die Prothesen nun selbst anschaffen, weil sie nach der Ansicht des Staates bei einem Verdienste von 20.000 Kronen jährlich dazu ohne weiteres imstande sind. Im staatlichen Budget sind auch die Ausgaben für Prothesen um drei Millionen gekürzt worden.

Was dringend gebraucht wird. Dringend gebraucht werden hierzulande — nicht etwa Wohnungen für zehntausende Obdachlose, Arbeit für hunderttausende Beschäftigungslose, Alters- und Invaliditätsversicherung und dergleichen —, sondern vielmehr „Paradeuniformen bezw. Gesellschaftsuniformen für die Offiziere“. „Eine repräsentationsfähige Uniform für die Offiziere ist unbedingt notwendig“ der „Zustand ist unhaltbar“, also werden die Paradeuniformen auch eingeführt werden. Bei den Kosten kommt es natürlich auf ein paar Millionen Kronen mehr oder weniger nicht an. Wir hams ja und für den Militarismus ist uns nichts zu teuer.

Noch ein Todesopfer des 4. März 1919. Am 28. Juli ist, wie die Blätter melden, in Sternberg die Tabakarbeiterin Marie Fischer nach langem Leiden gestorben. Marie Fischer wurde am 4. März 1919 von drei Kugeln getroffen und trug zwei Bauchschnitte davon und eine Verletzung der rechten Hand, wodurch sie den Daumen einbüßte. Die Bauchschnitte sind nie mehr geheilt. Außerlich zwar hatten sich die Wunden ziemlich geschlossen, aber die inneren Störungen brachten der Unglücklichen ein vierjähriges Leiden, dem sie jetzt erlegen ist.

Polnische Polizeiherrschaft. Nach einer Meldung unseres Bieltzer Bruderblattes herrschen im Bieltzer Polizeigefängnis barbarische Zustände. Am letzten Samstag waren nach einer Demonstration mehrere Verhaftungen durchwegs Unschuldiger vorgenommen worden. Da während der Demonstration ein Polizeiaspirant von der Menge mißhandelt wurde, ließen nun die Polizisten diese Mißhandlung die jumeist unschuldig Verhafteten entgelten. Wie drei von den Verhafteten zu Protokoll gegeben haben, wurden sie bei der Einlieferung ins Polizeigefängnis von den Polizisten mit Gewehrkolben, Ochsenzähnern und verschiedenen mit Draht umflochtenen Knütteln furchtbar geprügelt und mit Fußtritten bearbeitet. Einige der Verhafteten wurden bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen und dann einfach auf die Weise wieder zum Leben gebracht, daß man einige Kübel mit kaltem Wasser auf ihre Köpfe gosh. Bei den Prügeleien und Mißhandlungen wurden die Verhafteten von den Polizisten beschimpft und als Hofscheuven und Nichtstuer bezeichnet. Die Polizisten erklärten auch, daß man die Bieltzer sehen, was die Oberschlesier vermögen. Unter der Bevölkerung von Bieltz haben diese standalösen Zustände im Bieltzer Polizeigefängnis große Erregung hervorgerufen. Unser Bruderblatt in Bieltz wendet sich an alle sozialistischen Blätter des In- und Auslandes und ersucht sie um Abdruck des Berichtes über die Zustände, damit das Ausland über die Arbeitsmethoden der polnischen Polizei unterrichtet werde.

Der Kommunistenprozeß in Brüssel. Gavas meldet aus Brüssel: Das Geschworenengericht sprach die des Kopplottes gegen den Staat angeklagten Kommunisten frei.

Ausbau der Themse docks. Der Präsident des Londoner Hafenamtes Lord Debenport stiftete in der letzten Sitzung dieses Amtes einen wichtigen Plan zur Erweiterung der Themse docks. Die Durchführung seiner Vorschläge, von denen der wichtigste der Bau neuer Schiffe aufzunehmen könnten, würde einen Kostenaufwand von ungefähre fünf Millionen Pfund Sterling erfordern. Die Richtigkeit dieses Projektes geht daraus hervor, wenn man bedenkt, daß in diesem Momente das größte Schiff die „Majestic“ ist, welche 915 Fuß lang und 100 Fuß breit ist. Die Einfahrt in die neuen Docks wird 1150 Fuß lang und 130 Fuß breit sein, während die eigentlichen Docks eine Länge von 6500 Fuß und eine Breite von 750 Fuß haben werden.

Im Flugzeug zum Nordpol. Die Christianaer „Astenpost“ erhielt aus New-York ein Kabelgramm, in welchem der Präsident der dortigen Luftschiffahrtsgesellschaft Charles J. Glidden bekanntgibt, daß der Forschungsreisende

Road A m u n d s e n den Versuch plant, im nächsten Jahre mit dem Aeroplan den Nordpol zu erreichen.

Beschlagnahme eines deutschen Dampfers in Rußland. Auf Anordnung der Moskauer Zentralbehörden wurde in Archangel'sk der eingelaufene deutsche Dampfer „Merkur“, der früher der russischen staatlichen nordischen Reederei gehörte und von der Entente später an Deutschland verkauft wurde, als russisches Eigentum erklärt und beschlagnahmt.

Eine dunkle Geschichte. Die Geburtsassistentin Marie Keliich in Třebivitz schickte ihre Tochter zum Pfarramt, um eine Taufangelegenheit zu regeln. Der Pfarrer Bohumil Svoboda erklärte jedoch dem Mädchen, daß die Mutter selbst kommen müsse. Die Assistentin ging dann auch tatsächlich in Begleitung ihrer Tochter zur Pfarrei, sprach jedoch schon zu Hause die Befürchtung aus, daß sie in der Pfarrei werde mißhandelt werden. Der Pfarrer ließ die Tochter der Assistentin vor der Pfarrhofstür warten und sperre hinter sich die Tür zu. Was in der Pfarrstube vor sich gegangen ist, konnte bisher nicht ermittelt werden. Die Tochter der Assistentin hörte aus der Pfarrstube Hilferufe ihrer Mutter und lief auf die Gasse heraus, wo sie einen vorüberkommenden Passanten aufmerksam machte. In diesem Augenblicke lief auch der Pfarrer aus dem Pfarrhaus und erklärte den Passanten, daß er einige „amtliche Angelegenheiten erledigt“ habe. Wie die Untersuchung weiter ergab, wurde die Geburtsassistentin von dem Kirchendiener in bewußtlosem Zustande in den Pfarrhausgarten geschleppt und dort in der Sonnenglut einige Stunden liegen gelassen. Der Pfarrer ging inzwischen zu einem Begräbnis in eine benachbarte Pfarrei und überließ die Frau ihrem Schicksal. Die Untersuchung dieser etwas dunklen Angelegenheit ist nach dem „Duch Casu“ bis jetzt nicht abgeschlossen, da die Geburtsassistentin, die erkrankt ist, noch nicht einvernommen werden konnte.

Ein Gaunerstück. Als am letzten Sonntag ein Personenzug das Bahnhofsgebäude bei Tschekowitz (Bezirk Saaz) passierte, bemerkte der Lokomotivführer, daß der Semaphor auf „Halt“ gestellt ist. Er brachte den Zug zum Stehen und gab Signal, um anzufahren, was das Halt-Signal zu bedeuten habe. Der Bahnwächter, der im Bahnhofsgebäude auch Fahrkarten ausgibt — denn dieses ist zugleich eine Haltestelle — kam auf das Pfeifen der Lokomotive herans und sah, daß das Signal „Freie Fahrt“ mit rotem Papier überklebt war, also „Halt“ bedeutete. Er entfernte das Papier und schrie dann in das Bahnhofsgebäude zurück. Inzwischen hatten einige Gauner, die ihn durch Überleitung des Signals aus dem Bahnhofsgebäude gelockt hatten, seine Kassa ausgeplündert und daraus über 300 K entwendet. Die Gauner hatten sich jedenfalls in der Nähe des Hauses versteckt gehalten und sich dann, als der Wächter das Haus verließ, über die Kassa gemacht.

Von einem Auto niedergestoßen. Vor dem Deutschen Theater in Prag wurde gestern der 57jährige Arbeiter Karl Tracht aus Prag-Ruše von einem Personenauto niedergestoßen und überfahren. Tracht mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden, da er schwere Verletzungen erlitt.

Diebstahl über Dächer. Gestern nachts bemerkten Polizisten, daß sich auf dem Dachboden eines Hauses in der Tyrsova in Prag II ein Dieb befindet. Als nun die Polizei den Dachboden untersuchte, gelang es dem Dieb, durch das Dachfenster zu entfliehen. Er wurde zwar noch eine Strecke über die Dächer verfolgt, doch verfiel er dann in einem Hause und entkam durch dessen geöffnete Haustüre in einer Seitengasse.

Zurchtbare Mißstände bei Polizei und Gericht in der Slowakei.

Beim Kaschauer Gericht versteht kaum jemand magyarisch. — Auf der Polizeidirektion werden die Leute geschlagen. — Schamlose Unterdrückung der Pressefreiheit.

Das gestrige „Nubé Právo“ bringt eine Interpellation des kommunistischen Abgeordneten Tauszig über die Verhältnisse in der Slowakei, besonders über die unhaltbaren Zustände in der slowakischen Gerichtsbarkeit. In dieser Interpellation wird ausgeführt, daß beim Kaschauer Gericht von den acht Staatsanwälten nur einer die ungarische Sprache beherrscht, trotzdem nach dem Ergebnisse der letzten Volkszählung im Kaschauer Bezirke so viel Magyaren sind, daß sie ein Recht auf die magyarische Verhandlungssprache bei Gericht haben. Beim Kaschauer Gericht ist auch nur ein einziger magyarischer Dolmetsch. Diese Unzulänglichkeit führt dazu, daß magyarische Prozesse monatelang hinausgeschoben werden. Bei der Verhandlung gegen die Mörder des Bäckergehilfen Kallay, die sämtlich Magyaren und der Staatsprache nicht mächtig waren, bestand der Vorsitzende darauf, daß die Verhandlung in slowakischer Sprache geführt werden müsse. Mit vieler Mühe gelang es dem Verteidiger, die Beistellung eines Dolmetschers zu erwirken, doch war es dem Verteidiger selbst nicht gestattet, eine magyarische Verteidigungsrede zu halten. Zu der Verhandlung wurden nicht einmal Journalisten zugelassen, nur Polizeibeamte und Detektive fanden Zutritt in den Zuschauerraum. Der Verteidiger, dem das Halten einer ungarischen Verteidigungsrede verweigert wurde, resignierte, worauf der Vorsitzende einen neuen Verteidiger selbst bestimmte, der die Verteidigung jedoch nicht übernahm. Die Angeklagten, die keinen Verteidiger hatten, verlangten nun eine Vertagung der Verhandlung, was ihnen jedoch nicht bewilligt wurde.

Gerichtliche Exekutionen finden in der Slowakei gewöhnlich mit einer halbjährigen Verspätung statt. Handelt es sich jedoch um eine Exekution gegen Arbeiterorganisationen, so wird diese binnen wenigen Stunden durchgeführt. So hat beispielsweise der Verband der Gasthausangestellten in Prag um Exekution gegen den Kaschauer Bezirksverband ersucht. Zwei Stunden nach Einreichung des Exekutionsbegehrens war die Exekution in Kaschau bereits durchgeführt. Obwohl das Bezirksgericht dann die Exekution als ungültig erklärte, verfügte es jedoch nicht deren Aufhebung, so daß die Räumlichkeiten des Bezirksverbandes monatelang geschlossen bleiben mußten.

Auf der Polizeidirektion in Kaschau werden entgegen den Vorschriften Verhaftete auch acht Tage lang und auch länger als acht Tage inhaft gehalten, bevor man sie dem Gerichte einliefert, trotzdem nach den Vorschriften nur eine 24stündige Polizeihaft zulässig ist. Auf der Polizeidirektion werden die Verhafteten gequält und geschlagen.

In der Interpellation ist dann auch von der Person des gewesenen Ministers für die Slowakei Dr. Mičura die Rede. Dr. Mičura ist nicht nur Vorsitzender der Gerichtsstafel in Kaschau, sondern auch Präsident der slowakischen allgemeinen Kreditbank in Preßburg. Vor kurzer Zeit wurde ein Filialleiter dieser Bank in Užhorod wegen Buchens verhaftet und dem Gerichte eingeliefert. Ueber Einsprechen Dr. Mičuras wurde dieser Direktor in kürzester Zeit wieder aus der Haft entlassen. Damals war in Kaschau auch ein empfindlicher Mangel an Zucker, trotzdem sich in der Nähe von Kaschau eine Zuckerrübenfabrik befindet. Das Bucheramnt stellte nun fest, daß in den Magazinen der Filiale der slowakischen allgemeinen Kreditbank in Kaschau fünf Waggons Zucker befinden, die zu Bucherzwecken dort zurückgehalten wurden. Die Strafanzeige wegen Buchens bei der Staatsanwaltschaft in Kaschau gegen die Filiale dieser Bank ist bis heute noch nicht erledigt. Zum Schluß besaß sich die Interpellation mit der Tätigkeit des Polizeidirektors von Kaschau Dr. Klimá. Als Mitarbeiter des Klimá funktionieren in Kaschau Personen, die aus ihrer Tätigkeit im alten Csesterreich so schwer kompromittiert sind, daß sie kaum in einem anderen Orte der Tschechoslowakei eine öffentliche Funktion bekleiden könnten. Unter diesen Personen befindet sich auch der gewesene Auditor Benda, der jetzt Polizeirat ist und der nach dem Umsturz beim Divisionsgericht in Kaschau jene berüchtigten Prozesse gegen Anarchisten führte, die von der sogenannten Propagandakasse in Preßburg provoziert wurden. Die Tätigkeit dieser Propagandakasse hat den tschechoslowakischen Staat einige Millionen Kronen gekostet. Auf der Polizeidirektion in Kaschau werden verhaftete Arbeiter in rohester Weise von den Polizisten gequält. Die Zensur der Kaschauer Presse besorgt ein Klimá untergebenes Individuum, das nicht einmal die magyarische Sprache vollkommen beherrscht. Die Zensur wird vollständig willkürlich gehandhabt. So wird die Zeitschrift „Munkacs“, die dreimal wöchentlich erscheint, seit dem Monat November Nummer für Nummer konfisziert. Das Blatt wird um zwei Uhr nachmittags der Zensur vorgelegt. Bevor noch die Zensurenentscheidung gefällt ist, passen die Detektive des Klimá den Korporanten des Blattes auf und führen sie auf die Polizeidirektion, obwohl es zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt ist, ob das Blatt konfisziert wird. In späterer Abendstunde gibt dann gewöhnlich die Polizei erst bekannt, daß das Blatt der Konfiskation verfallen ist. Auf diese Weise will Klimá ein Wiedererscheinen des Blattes unmöglich machen und die Herausgeber durch die materiellen Verluste zwingen, das Blatt vollständig einzustellen. Die Interpellation macht die Regierung darauf aufmerksam, daß unter der Bevölkerung der Tschechoslowakei wegen dieser Zustände eine große Erregung herrscht und daß es nun höchste Zeit ist, besonders dem Treiben Klimás Einhalt zu gebieten.

Kleine Chronik.

Baumwuchs und Kraftwagen. Die Gitter, die den Eingang zu dem Bois de Boulogne, dem Hauptpark der Pariser, bewachen, wurden in letzter Zeit geschloßen, so daß man das Rasen nicht mehr hinein konnte. Ueber diese Maßnahme hat sich der Verwalter des Parks Forstiers in Pariser Blättern geäußert. Er behauptet, daß diese „Rachtruhe“ von höchster Wichtigkeit für die Bäume sei. Ihre Gesundheit leidet außerordentlich infolge der Gasentwicklung der Kraftwagen, die den Tag über durch die Alleen rasen, und außerdem durch die beständige Bodenerwärmung, die von diesen Wagen hervorgerufen wird. Besonders bei jungen Bäumen hat die Erwärmung geleitet, daß die Staubwolken, die von den Autos entwidelt werden, sie rasch eingehen lassen, wenn die Bäume in der Nähe der Automobilstraßen stehen. In fünf Jahren würde nach der Anschauung dieses Fachmannes der Bois de Boulogne eine Wüste sein, wenn man nicht den Bäumen eine Erholungsperiode gönnen würde, und da man den Wagenverkehr nicht völlig absperrern will, so muß man wenigstens dafür sorgen, daß die Rasenruhe nicht gehört wird. Die unangenehme Einwirkung des Kraftwagenverkehrs auf das Pflanzenleben der Großstadt macht sich überhaupt bei den Pariser Bäumen bemerkbar, die zu einer Zeit gepflanzt wurden, da noch die Pferdebohlen an ihnen vorbeifuhren, ohne gefährliche Gase zu entwickeln und Erschütterungen hervorzuwerfen. Die Baumbestände aller Pariser Straßen und Boulevards sind nach Forstiers Erklärung durch die Kraftwagen schwer bedroht.

Das schönste Dichtergrab. „Schöner liegt kein Dichter begraben“, sagt Marie von Pansin in einer Schilderung von Platen's Grab in Syrakus, die sie in der „Gartenschönheit“ veröffentlicht. Die letzte Ruhestätte dieses edlen Geistes, dem Italien auf seiner tragischen Lebensfahrt zur zweiten Heimat wurde, befindet sich im Garten der Villa Landolina. Der ihm befreundete Graf pflegte den Dichter während der plötzlichen Krankheit, die ihn in Syrakus ergriff, und begrub ihn auf seiner wunderbaren Bestattung. „In den Orangenbäumen ornament goldglänzende Früchte, und haushoch rauschte Bambusgeißel“, erzählt die Verfasserin von ihrem Besuch des Grabes. „Blumen, überall Blumen. In ganz Südalien lang der beredende Farbenspiel von purpurblauen Wänden, vereint mit dem unglücklich zarten und doch leuchtenden Hellblau des Blaubaum. Die „Blau Blume“ ist die Märchenblume; sie kam ein Garten so viele blaue Blumen bergen! Geranien in üppigster Fülle, hedenweise, oft die aromatisch duftende Verbena-Geranien, viele alte Zentiphen, viele Wälschlerarten; sie wucherten umher in verschwenderischem Reichthum, sie erstickten fast die Bäume, durchdrungen die durchsonnte Luft. Dazwischen an den regelmäßigigen Wegen Kugeln, Alleen und Einfassungen bildend, sanft weicher herber Anstich. Blumenranken umklammerten die Mauern, umflatterten sie, es war ein Farbenwirrwarr. Blumenranken umspielten auch eine an der Mauer ergebene Steinmauer; eine lateinische Aufschrift sprach von dem hier im Todesraum liegenden Grafen Platen.“ Ueber diese blühende Kraft wirkt nicht nur das Grab einen erfrischen Schatten, sondern auch die Steinbrüche von Syrakus gemahnen an düstere Vergangenheit, denn diese schonungslos schroffen Felsenwände waren einst der Ort der Fronarbeit und des Gefangenenelends: „Im Kapuziner-Steinbruch steigerte sich die Blumenpracht, steigerte sich das Entsetzen. Raum erträglich der Gedanke an jene über 7000 dort unten qualvoll verstorbenen Menschen, von denen Thukydides berichtet. Wo die Syrakuser wohlgefällig und grausam auf ihre verendenden Feinde hinuntersahen, lacht jetzt die üppigste Blütenflor.“

(Nachdruck verboten.)
Die Glücksbude.
Erzählung von Ernst Breckang.
Die Dämmerung kam und füllte die Winkel mit Schatten; sie spann graue Schleier um das Bett des schlafenden Kindes und bleichte das Rot auf Trudes Wangen. Jeremias sah, hand in hand mit seiner Frau, noch immer am Fenster. „Lach uns nachdenken, wie wir's am besten machen“, hatte Trude gesagt.
Nun dachten sie. Dachten schon eine Stunde lang, ohne den Weg zu finden, der sie ganz befriedigt hätte.
Jeremi erwachte und schrie.
Sein Vater nahm ihn auf, beruhigte ihn, und ging mit dem Kinde wie ein schwerfälliger Buechel in der Stube hin und her.
„Wenn wir alles verkaufen, was noch übrig ist, und uns dann sofort ans Werk machen, könnte es gehen.“ kam es ein wenig müde vom Fenster her. „Kur dann.“
Jeremias nickte: „Wir kommen immer wieder darauf zurück.“ Er horchte: „Hat es nicht geklopft?“
Es klopfte stärker an der Treppentür.
Jeremias öffnete.
Seine Schwester kam. Fräulein Dora. Sie winkte sich aus einem mächtigen Umschlagerstuhl heraus, in dem sie bis zur Nasenspitze verstedt gewesen: „Was macht der Kleine? Aber, mein Gott, wie hältst du denn das Kind, Jeremias! Gib es mir her! Seht nur das rote Gesicht! Ein Glück, daß ich noch rechtzeitig dazugekommen.“
Der Bruder lachte.
„O, daß du noch lachen kannst!“ Es klang mehrdeutig. Sie wollte den peinlichen Eindruck ihrer Worte verwischen: „Gib ihm das Kind nicht mehr in die Hand, Trude! Denn alles, was so ein Mann in die Hände kriegt —“

„Du hast noch nie etwas vom stärkeren Geschlecht gehalten.“
„Nein, Gott sei Dank!“ Dora ging mit nervösen Bewegungen im Zimmer auf und nieder, das Kind festig in den Armen wiegend. „Stärkeres Geschlecht! Pah! Worin liegt eure Stärke? Sag mir mal in eurem Geheimnis! Und daß ihr stärkere Dummköpfe macht!“
„Bravo!“ Trude lachte.
„Sie dir deine Frau an! Du hast es nicht gesehen, weil du — weil du nicht hier warst. Aber ich — ich weiß, wie sie gearbeitet und was sie ausgehalten hat! Ja, hat er noch nicht danach gefragt, wovon du eigentlich gelebt hast, Trude?“
„Ich wäre gewiß nicht durchgekommen ohne deinen Verstand, Dora.“
„Ach, mein Verstand. Der ist wohl nicht der Rede wert.“
„Ja.“ Jeremias reichte ihr die Hand. „Ich hab' ihn auch gespürt. Gesagt hat es mir zwar keiner. Aber daß Brandt aus seiner eigenen Tasche . . . nein, das glaub ich nicht. Du siehst dich gut mit ihm?“
„Mit wem?“ Eine heiße Blutwelle schoß in Doras Gesicht. „Mit Brandt? Ja, glaubst du denn, ich zöge ins Gefängnis? Und wenn mich der Direktor haben wollte — nein! Es hat mich schon genug geärgert, daß sie mir das „Auge“ gerade vor die Nase gebaut haben. Da, seht nur einmal hinüber: wie's einen anlockt!“ Ihre Stimme schlug jäh ins Weirische um: „Jeremias, daß du da — in diesem Hause! — ich verwind's mein Lebtag nicht!“
„Ja auch nicht.“
Dora schluchzte.
Und beide sahen hinüber nach dem „Auge“, dessen Konturen nur noch undeutlich aus der Dämmerung heraustraten.
„Ach, was seid ihr für Dummköpfe!“ In Trudes Stirn grub sich eine Falte. Sie reckte die Arme wie in tätigkeitstuchender Kraft.

„Du nimmst es leicht. Natürlich.“ Dora trotzte unständig ihre Tränen.
„Gar nicht leicht, nehme ich's!“ Frau Trude hatte sich erhoben, um eine Lampe anzuzünden. „Die Sache ist gewesen und damit fertig.“ Sie setzte die Glode mit einem hörbaren Ruck auf den Ring.
„Ja. Ich bin fertig.“ sagte Jeremias flüster.
„Liebster.“ Frau Trude legte beide Hände auf seine Achseln, „du hast . . .“
„Nein! Da, sieh, da ist der Ringe. Reht haben wir vorwärts zu sehen, nicht rückwärts! Wir fangen von neuem an zu bauen.“
Fräulein Dora wiegte den kleinen Jeremi so festig hin und her, daß Trude es für geraten hielt, ihr das Kind abzunehmen. So bekam die Schwägerin beide Hände frei, die sie nach Art betender Madonnen vor die Brust legte; den Oberkörper bog sie vor; ihre Nasenspitze zitterte, als sie mit allem Nachdruck fragte: „Und wovon, liebe Schwägerin, willst du bauen, wenn ich fragen darf?“
Darauf wußte Frau Trude nicht gleich eine Antwort. Sie lächelte das Kind, das seinen Mund suchend an ihre Brust preßte, und verließ das Zimmer.
Dora setzte sich am Tisch nieder, nickte festig einige Mal und trommelte mit den Fingerspitzen auf dem Tisch herum.
Jeremias stand am Fenster und sah noch immer hinüber. In dem Laden seines Nachfolgers leuchteten die Lampen auf. Die große Puppe mit den ausgestreckten Armen hob sich deutlich ab.
„Warum hab ich den Galunken nicht gleich totgeschlagen?“
„mias!“ Dora sprang entsetzt auf. Er drückte sie auf den Stuhl nieder: „Es war nur ein Gedankenwängchen.“
„Wie du verwildert bist!“

„Bei Meister Brandt lernt man keine guten Manieren. Da war ein Falschmünzer, der wollte mich zum Kompagnon. Ich hab's mir reichlich überlegt.“
„Wah!“
„Es ist nichts drans geworden. Ich bin zu feige dazu.“
„Du entsetzt mich, Jeremias!“
„Es hat dich nicht entsetzt, daß der Lump da drüben, mein Nachfolger, mich mit falschen Worten und Taten um alles gebracht, was mein war. Ist das kein Falschmünzer?“
„Du warst so vertrauensselig, mias.“
„Ja. Das sind alle, die sich falsche Münzen anschlammern lassen.“
„Was willst du tun?“
„Wir werden ein Jahrmarktsbude aufmachen. So bald der Trödel hier verkauft ist, ziehen wir los.“
Fräulein Dora erhob sich jäh und griff nach ihrem Umschlagerstuhl. Mit zitternder Stimme sagte sie: „Dann gehen unsere Wege wohl auseinander. Wenn du das Kind zu einem Vagabunden erziehen willst. Wenn ihr nun auf der Straße leben wollt . . . Unser Name ist einmal sehr geachtet gewesen in dieser Stadt, Jeremias. Du hast ihn in Schande gebracht. Ich wage mich im hellen Sonnenschein nicht mehr auf die Straße. Aber darauf brauchst du am Ende keine Rücksicht zu nehmen.“
Jeremias hielt die Lehne eines Stuhles umklammert. Sein glühendes Augen waren unterwandt auf die Schwester gerichtet, die in fahrigem, nervösen Bewegungen die Stube verließ.
Als Frau Trude den kleinen Jeremi in sein Bettchen legte, fand sie dort ein Kuvert mit einer Banknote. Es hatte die Aufschrift: „Ihrem süßen kleinen Jeremi — Tante Dora.“
Frau Trude legte es wortlos fort.
(Fortsetzung folgt.)

Ein Kraftwerk am Jordan. Auf der Strecke vom Meromsee bis zum Toten Meer fällt der Jordan um 400 Meter. Die Kraft dieses Absturzes soll dem Lande dienlich gemacht werden, vorerst zwischen dem See Tiberias und der Ebene Jezreel, wo das Gefälle auf einer Strecke von zwölf Kilometern mehr als 40 Meter beträgt. Erbauer dieses Kraftwerkes ist der russische Ingenieur Peter ... berg, der, wie „Das Neue Palästina“ mitteilt, unter Kerenski Gouverneur von Petersburg war, der sich aber seitdem ganz von der Politik abgewandt hat. Nuthenberg hat eine ähnliche riesenhafte Anlage schon in Nord-Kalabrien geplant. Die Wasserkraft des Nordangefalles wird in Elektrizität umgewandelt und in sinnvoller Kombination gleichzeitig der Bewässerung des Landes dienlich gemacht werden. Das Kapital für die Anlage — eine Million Pfund Sterling — ist von einigen Engländern aufgebracht worden. Das Kraftwerk soll dem Jordanwasser umächts jährlich 16 Millionen ... abgeben. Die Anlage ist nur ein kleiner Teil innerhalb des großen Planes der wirtschaftlichen Erleuchtung und modernen technischen Durchdringung Palästinas.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Tschechischer Genossenschafts Kongress. Der Zentralverband der tschechoslowakischen Genossenschaften in Prag beruft für den 7., 8. und 9. September den achten Genossenschaftskongress nach Brünn ein. Die Tagesordnung lautet: Berichte, Statutenänderung, Genossenschaftsorganisation, die internationale Genossenschaftsbewegung und ihre Aufgaben, die Frau und die Genossenschaften, Wahlen, Festsetzung der Beiträge, Verschicktes.

Die Ausbeutung der Karpathorussischen Wälder. Im Ackerbauministerium wird gegenwärtig darüber verhandelt, die Ausbeutung der karpathorussischen Wälder einer amerikanischen Finanzgruppe in Verbindung mit der tschechischen Agrarbank zu übergeben. Gegen diese Absicht wendet sich im „Pravo Lidu“ der tschechische sozialdemokratische Abgeordnete Koval. Man erzählt da, daß in Karpathorussland soviel Holz ist, daß es im Walde verkauft, weil sich für das Holz teils keine Bewertermöglichkeit findet und teils keine Transportmittel vorhanden sind, um das Holz wegzuschaffen. Es wäre also eine rationelle Waldwirtschaft notwendig, industrielle Verarbeitung des Holzes in der Nähe der Produktionsstätte und Schaffung von Transportmöglichkeiten, um das Holz zu exportieren. Es besteht nun die Gefahr, daß bei Uebergabe der Holzproduktion an eine ausländische Finanzgruppe die heimische Volkswirtschaft die Verfügungsmöglichkeit über die reichen Holzbestände Karpathorusslands verliert. Auch die Wälder der Slowakei sollen einer Gesellschaft zur Ausbeutung übergeben werden. — Interessant ist auch, daß früher all diese Angelegenheiten der sogenannten Holzpösta, dem Zünfterauschuß im Parlament, der sich mit den Fragen der Holzproduktion befaßte, übergeben wurden, daß aber nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten Swebla die Agenda der Holzpösta entzogen und dem Landwirtschafts-Ministerium überwiesen wurde. Zweifellos geschah dies deswegen, damit die Agrarier und insbesondere die Agrarbank reichen Nutzen aus der Holzausbeutung der Slowakei und Karpathorusslands ziehe.

Nach der Revolutionierung der Gewerkschaften. Wie durch die kommunistische Bewegung eine staatliche gewerkschaftliche Organisation gerichtet werden kann, beweist das Beispiel Grottau. Gleich zu Beginn dieser Bewegung setzte in der dortigen Ortsgruppe der Textilarbeiter die „Revolutionierung“ ein. Der Lokalbeamte der Union wurde entlassen und er übergab den Kommunisten über 2000 Mitglieder. Nach kaum zweijähriger Tätigkeit ist die Ortsgruppe derart revolutioniert, daß von ihr fast nichts übrig geblieben ist. Am 15. Juli, an einem sonnigen Sommertage, beging die kommunistische Ortsgruppe der Textilarbeiter in Grottau ein Gründungsfest. Der kommunistische Angestellte Schreiber, welcher in großer Aufmachung die ganze Umgebung eingeladen hatte, war wohl anwesend, jedoch die Textilarbeiter fehlten. Als der Festzug zusammengestellt wurde, so befanden sich in demselben 17 Radfahrer, 30 Kinder, 13 Mitglieder des Grottauer Turn- und Gesangsvereines und den Schluß bildete Herr Schreiber mit sechs Textilarbeitern. Zusammen gerechnet mit der Musik von 16 Mann, ergab der ganze imposante Festzug 82 Personen. Am Festplatz sollte eine Festrede gehalten werden, zu welcher der kommunistische Sekretär Mai erschienen war, der jedoch auf das Wort verzichtete, nachdem die Textilarbeiter durch ihre Abwesenheit glänzte. — Ein zweiter Fall, der ebenso interessant ist, ist die Betriebsratswahl bei der Fa. Müller in Grottau. Bei der letzten Betriebsratswahlenwahl hatte die Union der Textilarbeiter nur ein einziges Mandat. Zu diesem Betriebe mit 400 Beschäftigten waren bei der Uebergabe der Ortsgruppe alle Arbeiter organisiert. Die Mehrzahl der Vertrauensleute war kommunistisch eingestellt, sodas bei der Spaltung der ganze Betrieb zur kommunistischen Sektion überging. Als nun jetzt im Monat Juli 1923 die Betriebsratswahl vorgenommen werden sollte, erklärten plötzlich die Kommunisten, daß sie auf eine Kandidatenliste verzichten und keine einbringen. Es kandidierten daher nur die Deutschslowaken und die Union der Textilarbeiter. Die Erklärung, warum die Kommunisten nicht mehr kandidieren, liegt klar auf der Hand. Der ehemalige Betriebsobmann verlangte von Herrn Müller einen Sonntagsgang, den er auch tatsächlich erhielt. Auch die Frau des Betriebsobmannes soll sich bemüht haben, Kleider von der Fabrikantin zu

erhalten. Außerdem hat seinerzeit eine Betriebsversammlung stattgefunden, in welcher der Betriebsobmann den Lohnabbau erläuterte und den Arbeitern erklärte, wenn es nicht passe, der solle die Arbeit verlassen. Unter diesen Umständen kann die kommunistische Partei den Mann nicht mehr kandidieren, weil die Arbeiter ihn nicht wählen würden. Andere Kandidaten sind nicht aufzutreiben, weil sie den kommunistischen Spitz satt haben und sich mit Herrn Schreiber nicht mehr klammern wollen. Die Kommunisten waren also nicht imstande, Kandidaten aufzutreiben, infolgedessen unterbleibt die Kandidatur der angeblich stärksten Gruppe, was ein sehr nettes Bild auf die Revolutionierung der Gewerkschaften in Grottau wirft. Die Mitgliederzahl der kommunistischen Textilarbeiter ist von 2000 auf ein Nichts herabgesunken. Das ist das Ende der revolutionären Bewegung mit Herrn Schreiber an der Spitze. Er dürfte auch am längsten in Grottau angestellt sein, denn ohne Mitglieder werden auch die Reichsbürger den revolutionären Mann nicht in Grottau sitzen lassen.

Erweiterung der Kompetenz des Scheidamtes. Das Finanzministerium hat — wie die „Prager Presse“ berichtet — einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, welchem die Tätigkeit des tschechoslowakischen Scheidamtes um das Recht erweitert wird, Ründelgelder sowie überhaupt bei Gericht hinterlegte Depots in Verwahrung zu nehmen. Die betreffende Vorlage soll der Nationalversammlung in der Derbiffession unterbreitet werden.

Voranschlag und Raiffeisenkassen. Nach den Mitteilungen des statistischen Staatsamtes hat es in Böhmen, Mähren und Schlesien im Jahre 1920 1392 Voranschläge gegeben, davon 1013 tschechische, 377 deutsche und zwei polnische. Der Raiffaumsatz der Anstalten betrug 16.453 Millionen Kronen, die Anzahl der Mitglieder 505.000. — Raiffeisenkassen gab es 3785, davon 2587 deutsche und 1198 tschechische. Die Anzahl der Mitglieder betrug 400.595, der Raiffaumsatz 3190 Millionen Kronen, die Summe der Einnahmen 1613 Millionen Kronen.

Gute Ernteausichten in Europa. Wie das internationale Ackerbauministerium mitteilt, wird die diesjährige Getreideernte in Europa befriedigend ausfallen. Aus allen Ländern, aus denen bereits Erhebungen vorliegen, und die mit Ausnahme von Rußland 40 Prozent der europäischen Ernte ausmachen, übersteigt der voraussichtliche Ertrag die letztjährige Ernte um insgesamt 21 Millionen Zentner, d. h. um 17 Proz. Die provinziellen Schätzungen für Kanada und die Vereinigten Staaten sehen eine Abnahme der Produktion mit 18 Millionen Zentnern, bezw. 5 Prozent gegenüber der außerordentlichen reichen Ernte von 1922 vor. Einschließlich der Ernte Japans und Indiens ist mit einer Zunahme von 23 Millionen Zentner, entsprechend 4 Prozent gegenüber der Welternte der letzten Jahre, zu rechnen.

Eine südslawische Bank in italienischen Händen. Eine der größten südslawischen Banken, die Triester Adria-Bank, die im Jahre 1903 gegründet wurde und Filialen in vielen Orten hatte, ist vor kurzem in italienische Hände übergegangen. Vielfach wird dieser Vorgang als ein Vorstoß des italienischen Kapitals in Jugoslawien angesehen.

Russischer Naphthaexport. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden aus Rußland 8,5 Millionen Pud Naphtha, das sind 30 Prozent der Vorkriegsmenge, exportiert. Hauptkäufer war England und sodann Deutschland. Der Export nach Frankreich ist erheblich reduziert.

Levienskurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Lüsch	Schw. Frank	10.65/00
Berlin	Mark	23500/00
Wien	öster. Kr.	2115/00

Prager Kurse am 27. Juli.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1328 00	1332 70
10.000 Mark	0 2 20	0 4 20
100 belg. Franken	161 2 00	167 75 00
100 schweiz. Franken	634 25 00	636 75 00
1 Pfund Sterling	14 0 00	155 50 00
100 Lire	149 75 00	151 25 00
1 Dollar	3 70 00	34 10 00
100 franz. Franken	201 25 00	202 75 00
100 Dinar	35 82 50	36 12 50
10.000 ungar. Kronen	11 5 00	13 50 00
10.000 poln. Mark	1 30 00	2 10 00
10.000 österr. Kronen	4 57 50	5 07 50

Züricher Schlusskurse am 27. Juli.

	Gold	Ware
Paris	23 20 00	33 30 00
London	25 07 00	25 70 00
Berlin	0 00 05 50	0 00 08 00
Nassau	24 6 00	24 75 00
Holland	219 25	220 25
Wien	0 00 78 50	0 0 1 70 00
Budapest	0 02 25	0 03 25
Bras	16 00 00	16 70 00
New York	5 57 50	5 58 50
Belgrad	5 80 00	5 95 00
Barichau	0 00 25 00	0 00 30 00

Inserieren Sie im „Sozialdemokrat“

die VII. Internationale Prager Herbst-Messe

vom 2. - 9. September 1923.
 Mehr als 3000 erkrankte Firmen als Aussteller.
 27. Antriebsmaschinen, Scherstellte, Unterarm, Dolmetz, derdienst, Hochspannung, Sonderanfertigung, — Regulator, etc. — bei Auslandsvertretungen der tschechoslowakischen Republik und beim Reichsamt in Prag I., Altstädter Rathaus.
 Bestätigt Prag, eine der schönsten Städte der Welt.
 VII. Prager Frühjahrs-Messe vom 16. - 23. März 1924.

Aus der Partei.

Gute Zeichen. Erstlichweise entwickelt sich jetzt auch wiederum in Grottau, einem Zentrum des kommunistischen Fortbewegungsbereiches, zwar langsam, aber aufsteigend die sozialdemokratische Partei. Am 25. d. M. wurde im Gasthaus „Zur Krone“ in Grottdorf für Grottau und Grottdorf eine Parteiverammlung abgehalten, welche sich nur auf Einladungen ohne jede Plakatierung beschränkte. In dieser Versammlung waren über 300 Personen anwesend, welche den Bericht über den Hamburger Kongress, den der Genosse Zimmer erstattete, entgegennahmen. Ohne jede Agitation wurden fünfzehn neue „Freigeist“-Abonnenten und einige Mitglieder für die Partei gewonnen. Die Arbeiterpartei von Grottau erkennt also, daß doch die Sozialdemokratie und die bestehenden Gewerkschaften die richtige Taktik eingeschlagen haben. Die Sozialdemokraten haben nun die Aufgabe, unermüdet zu arbeiten, um eine starke Organisation zu errichten, die den Kampf für die Arbeiterpartei führt, sie die Niederlagen während der „Radikalisierung“ vergessen läßt, um wieder als aufrechte Menschen an der Befreiung der Arbeiterpartei mitzuwirken.

Kreisbesprechung Grulich-Landstron. Am letzten Sonntag fand in Hilberten die Kreisbesprechung für den Grulich-Landstron Kreis statt. Aus dem Bericht ist zu ersehen, daß sich im Grulich Bezirk die Mitgliederzahl seit der letzten Kreisbesprechung verdoppelt hat. Das Kreisblatt, der „Adlergebirgsbote“, hat sich trotz der schweren Wirtschaftslage gehalten und seine Auflage ist befriedigend. Nach Annahme der Berichte erstattete Genosse Uhrner sein Referat über die kommenden Gemeindevahlen. In seinem Referat führte er aus, daß im Kreise Grulich bei der letzten Gemeindevahlen von 541 Gemeindeverechtigten 251 sozialdemokratische gewählt wurden. Genosse Uhrner verweist dann auf die Beschlüsse der Parteikonferenz, die als Richtlinien für die Gemeindevahlen zu dienen haben. In der Debatte hatte Genosse Koller den Antrag, daß nur solche Kandidaten aufgestellt werden, die schon längere Zeit Parteigenossen sind. Bei Vornahme der Wahl wird Genosse Franz Koller-Grulich zum Kreisvertreter gewählt.

Gemeindevereiter-Konferenz Böh.-Mäh. Sonntag, den 20. Juli findet um 2 Uhr nachmittags in der Turnhalle in Böh.-Mäh. eine Gemeindevereiter-Konferenz statt. Auf der Tagesordnung stehen: Gemeindevahlen Referent Genosse Koller und Allgemeines.

Kunst und Wissen.

Waldtheater Bürglein bei Salza (künstlerische Leitung: Kurt Linsmayer). Sonntag, den 29. Juli, 3 Uhr nachmittags: „Die St. Jakobshaus“, Legende in drei Bildern von Dietrich Schmidt, unter persönlicher Regieführung des deutschböhmischen Autors. — Gültige Zug- und Autoverbindungen. — Vereine mit über 50 Teilnehmern begaben auf allen Plätzen die Hälfte der Preise.

100% reine Kokosfett



Das ist CERES

Warnung !! 1680
 Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse bei Ihrem Konsumverein od. beim Kaufmann ausschließlich nur den bestbewährt. Fliegenfänger

KOH-I-NOOR
 Erste Prager Fliegenfänger-Fabrik
 Prag-Vrsovic Nr. 448 V. Tel. 7899.

Schutz der Republik.
 Erläuterung des Gesetzes v. 19. März 1923.
 Im Verlage des Parteivorstandes der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei erschienen. 72 Seiten Hart.
 Das Buch enthält den gesamten Text des Gesetzes zum Schutz der Republik vom 19. März 1923 und zu jedem Paragraphen eine ausführliche juristische Erläuterung. Weiter enthält das Buch den vollständigen Text des Gesetzes über das Staatsgericht vom 19. März 1923.
 Zu beziehen durch alle Buchhandlungen zum Preise von 10.—. Für organisierte Arbeiter ist das Buch durch die ausländische Parteio-Organisation oder das
 Sekretariat der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Teplich-Schönan, Selterstr. 1 zum Preise von 8.— zu beziehen.

Literatur.

Die Marxische Staatsauffassung im Spiegelbild eines Marzisten, beschriftet von Karl Kautsky, 1923, Verlag: Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena. — Die mitteleuropäischen Revolutionen haben das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Staate geändert. Während vor dem Kriege die Arbeiterpartei zur Staatsgewalt in unversöhnlicher Opposition stand und die herrschenden Klassen über den Besitz des Staatsapparates schrankenlos verfügten, mühten sie nach dem Kriege den geänderten Nachverhältnissen Rechnung tragen und konnten es nicht verhindern, daß sich auch die Arbeiterpartei Anteil an der Staatsgewalt eroberte. Deswegen sind nach dem Kriege eine Reihe von Schriften erschienen, welche das Wesen des Staates und seine Beziehungen zur proletarischen Revolution untersuchen. Wir verweisen hier bloß auf die Lenin'sche Schrift: Staat und Revolution, auf Cunows zweibändiges Werk: Die Marxische Geschichte, Gesellschafts- und Staatstheorie und die auch jüngst hier ausführlich besprochene Schrift von Max Adler: Der Staatsbegriff des Marxismus. Gegen Cunows Werk, das als Formulierung des theoretischen Standpunktes des Rechtssozialismus bezeichnet werden kann, hat nun Karl Kautsky eine Gegenschrift unter dem obigen Titel geschrieben, welche sehr glücklich manche schiefe Auffassung Cunows aufdeckt, gegen dessen Standpunkt stellenweise ungewöhnlich scharf polemisiert und mit temperamentvoller Gewandtheit die Auffassung des Autors verteidigt. Trodem mag hier der Meinung Ausdruck gegeben werden — obwohl an der Notwendigkeit und Nützlichkeit einer Antwort auf das Cunowsche Werk nicht zweifelhaft werden soll — daß es genügt hätte, wenn diese Antwort in einer wissenschaftlichen Zeitschrift erfolgt wäre und daß die Herausgabe einer eigenen Broschüre über diesen theoretischen Streit nicht gerade eine unbedingte Notwendigkeit war. Immerhin bietet die Fülle der vierzig Seiten starken Schrift Kautskys großen Genuß, weil man die Verstandeshäufigkeit und klare, zwingende Provisierung des Autors des wissenschaftlichen Sozialismus darin Zeile für Zeile bewundern kann. E. St.

Turnen und Sport.

Dundee — Weltchampion im Federgewicht.
 New York, 27. Juli. (Korresp.) Das Weltchampionat im Boxen (Federgewicht) erwarb Dundee, welcher Criqui auf Punkte in der 15. Runde schlug.

Herausgeber: Dr. Ludwig Gsch und Karl Cermak.
 Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub.
 Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag.
 Für den Druck verantwortlich: C. Holik.

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

Der erste Schritt im Leben



soll mit **BERSON-Gummiabsätzen** und **Gummi-sohlen** geschehen! Sie werden dann Ihre Nerven und Füße gesund erhalten u. viel Geld ersparen.



Gummiabsätze und Gummi-sohlen
 lassen Sie sich von Ihrem Schuhmacher anbringen, Sie werden keine anderen mehr tragen!